

# TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG



Redaktion: SPD Tempelhof-Schöneberg · Hauptstraße 100 · 10827 Berlin · redaktion@tsaktuell.de · www.tsaktuell.de

## BEZIRK + KIEZE

Vorfahrt für Rücksicht im Winterfeldtkiez Seite 4

IN KOOPERATION MIT DEM

**Berliner Stadtblatt**

## BUNDESTAGSWAHL 2013

Ihre Stimme für eine bessere Politik

Seite 2, 3, 5



# WIR ALLE ENTSCHEIDEN

„Damit in Europa Ökonomie und Solidarität wieder Hand in Hand gehen, wähle ich SPD.“

MAXIMILIAN AUS SCHÖNEBERG

„Ich wähle SPD, weil ich höhere Steuern für Reiche gerecht finde. Die zusätzlichen Einnahmen müssen in Kitas, Schulen und Universitäten investiert werden.“

MARTIN AUS SCHÖNEBERG

„Ich wähle SPD, damit in Deutschland endlich wieder regiert wird. Denn es gibt zu viel zu tun, als dass Stillstand die Lösung sein könnte.“

MARIUS AUS SCHÖNEBERG

Es geht um eine gerechte Gesellschaft, um die Zukunft Deutschlands mit Visionen und Perspektiven. Wer dies erreichen will, hat am 22. September nur eine Wahl: Beide Stimmen für die SPD. Für Mechthild Rawert und eine starke Stimme im Bundestag. Für die Sozialdemokratie und eine solidarische Gesellschaft.

Nach vier Jahren Stillstand muss sich Deutschland wieder bewegen, um seinen Bürgerinnen und Bürgern Wohlstand in

einer gerechten und solidari- schen Gesellschaft gewährleis- ten zu können. Dazu gehören starke Akzente in der Familien- und Gesellschaftspolitik, in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.

So muss eine **moderne Familienpolitik** mit guten Rahmen- bedingungen die Familien darin unterstützen, ihre unterschied- lichen Lebensentwürfe best- möglich leben zu können. Dafür braucht es eine **familienfreund- liche Arbeitswelt, gute Ganz- tagsbildungs- und -betreuungs-**

**angebote** sowie eine **gute Absicherung aller Kinder** – hin- sichtlich all ihrer Bedürfnisse.

Frauen und Männern müssen sich in jeder Lebensphase die **gleichen Wahlmöglichkeiten und Chancen** bieten. Dafür brauchen wir eine Familienpoli- tik, die den Dreiklang von Infra- struktur, Zeit und Geld sichert. Dafür steht die SPD.

In Punkto **Wirtschaftspolitik** gilt es den Standort Deutsch- land in seiner Qualität zu för- dern. Diese ergibt sich aus dem

breiten **industriellen Rückgrat**, das die Ökonomie Deutschlands stärkt. Ein zweites, unverzicht- bares Standbein ist der **Mittel- stand**, der für **Qualität, Erfin- dergeist, Wettbewerbsfähigkeit** und für **soziale Verantwortung, gute Arbeit und Aufstiegschan- cen** steht. Ihn gilt es zu stärken, einen verlässlichen Rahmen und eine solide Basis zu geben, auf der nachhaltiges Wachstum möglich ist. Die Sozialdemo- kratie stellt die **produzierende Wirtschaft** wieder in den Mittel- punkt der Wirtschafts- und Fi-

nanzpolitik und fördert eine Banken-Kultur, die sich als **Finanz-Dienstleister** versteht. Die SPD wird sich dafür in Europa stark machen, dass bestimmte Bankgeschäfte wie ungedeckte Leerverkäufe, der Handel mit Derivaten, die nicht realwirt- schaftlich unterlegt sind, und auch die Spekulation mit Nahr- rungsmitteln verboten werden.

**Sie haben die Wahl – nutzen Sie sie!**

Dies sind nur einige Gründe dafür, am 22. September mit bei-

den Stimmen für die Sozial- demokratische Partei Deutsch- lands zu stimmen.

Mit der **Zweitstimme** stim- men Sie für eine **gerechte Ge- sellschaft**.

Mit der **Erststimme** wählen Sie **Mechthild Rawert für Tempelhof-Schöneberg** in den Bundestag und geben dem Be- zirk eine vernehmliche Stimme.

MTH

► **Weiteren Informationen zur Bundestagswahl finden Sie auf den Seiten 2, 3 und 5**



„Wir brauchen sichere Renten für alle, und niemand soll im Alter in Armut leben müssen. Deshalb wähle ich SPD.“

RENATE WILDENHAYN AUS FRIEDENAU



„Eine sozial gerechte Gesellschaft, gleiche Rechte für Frauen und ein gutes Miteinander der vielfältigen Kulturen in unserem Land sind mir besonders wichtig. Dafür kämpft die SPD seit 150 Jahren. Dafür bekommt die SPD meine Stimme.“

KASSEM CHEBLI AUS SCHÖNEBERG



## Soziale und gerechte Wohnungspolitik

Die Bundestagswahl ist eine Richtungs- und Wohnungspolitik. Über 80% der Berliner und Berlinerinnen wohnen zur Miete. Die SPD will Berlin, auch die innerstädtischen Quartiere, für alle sozialen Gruppen, für Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen erschwinglich halten. Mieterhöhungen bei Bestands- und Neuvermietungen müssen sozial geregelt und begrenzt werden. Wir brauchen faire Regeln für Mieterinnen und Mieter.

Die SPD wird die Mietpreisspirale stoppen und die Einschränkungen von Mieterrechten durch das schwarz-gelbe »Mietrechtsverschlechterungsgesetz« umgehend zurücknehmen!

Wir wollen ...

► die Mietpreisspirale bremsen und den Anstieg bei Bestandsmieten stärker begrenzen.

► bei der Wiedervermietung von Wohnungen eine maximal 10-prozentige Obergrenze für Mieterhöhungen über der ortsüblichen Vergleichsmiete einführen. Erstvermietungen von neugebauten Wohnungen nehmen wir davon grundsätzlich aus, um den notwendigen Wohnungsneubau nicht zu behindern.

► für effiziente, städtebaulich verträgliche und für Mieterinnen und Mietern bezahlbare Wege der energetischen Sanierung sorgen. Sanierungskosten sind nicht einseitig den Mieterinnen und Mietern aufzubürden.

► die Maklergebühren neu regeln. Künftig muss der Grundsatz gelten: Wer bestellt, der bezahlt.

► den Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wieder einführen und das Wohngeld als zielgenaues Instrument der sozia-

len Sicherung stärken.

Kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen sind Garanten für Mietsicherheit und sozial ausgewogene Nachbarschaften. Wir entwickeln den Genossenschaftsgedanken weiter und stärken die Kommunen als Entscheidungsträger.

Unser Ziel: Ein lebendiges Berlin, in dem Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Herkunft und sozialer Milieus konfliktfrei zusammenleben. Deshalb legen wir das Programm »Soziale Stadt« wieder auf. So fördern wir in demokratischen Prozessen bauliche, wirtschaftliche, ökologische und soziale Verbesserungen in den Kiezen, fördern Verantwortung, Toleranz und gegenseitigen Respekt. Denn: Das Miteinander zählt.

MECHTHILD RAWERT

## Guter Lohn für gute Arbeit

Große Sprünge oder ein kleines bisschen Wohlstand kann sich Helene S. nicht erlauben. Ihr Job ist anstrengend, obwohl sie ihn gerne macht. Sie ist mit Leib und Seele Altenpflegerin und arbeitet bei einem ambulanten Dienst in Lichtenrade. Es ist ein befristetes Arbeitsverhältnis. Mehr kann ihr Arbeitgeber nicht anbieten, obwohl Helene S. viele Klienten betreut.

Die Arbeitssituation von Helene S. zeigt deutlich, dass der deutsche Arbeitsmarkt aus dem Lot geraten ist: Einerseits sind die Top-Einkommen von Managern explodiert; hinzu kommen Prämien und Bonuszahlungen, die vor allem dann ausgezahlt werden, wenn Führungskräfte Kosten sparen – was in erster Linie dadurch erzielt wird, dass Lohnkosten gesenkt und Personal abgebaut wird.

Andererseits gab es bei mittleren und kleineren Einkommen bei der Lohnentwicklung in den letzten Jahren Stillstand. Fast jeder vierte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor – in erster Linie Frauen. 800.000 Vollzeitbeschäftigte verdienen weniger als sechs Euro pro Stunde. 1,3 Millionen Erwerbstätige müssen sich ihr Gehalt durch Hartz IV aufstocken lassen.

Fehlende Perspektiven auch für Jugendliche am Beginn ihrer Berufskarriere: Eine zunehmende Zahl von ihnen findet nach der Ausbildung keinen regulären Job. Noch dazu bekommen immer mehr Menschen nur befristete Arbeitsverträge und müssen regelmäßig um ihre Zukunft bangen.

Höchste Zeit für eine Aufwertung von Arbeit

Die SPD kämpft gemeinsam mit den Gewerkschaften für höhere

Löhne, bessere Aufstiegschancen, gesunde Arbeitsbedingungen und mehr Demokratie in den Betrieben.

Wer sich anstrengt, soll etwas davon haben. Eine gut ausgebildete, tüchtige, ideenreiche Arbeitnehmerschaft ist die Grundlage unseres Wohlstands. Die Aufwertung der Arbeit ist sozial gerecht, und sie ist wirtschaftlich sinnvoll.

Gegen die derzeitige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt setzen die Sozialdemokraten einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro. Denn wer den ganzen Tag arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Unternehmen auf Dumpinglohn-Basis gehört ein Riegel vorgeschoben, sie können kein Geschäftsmodell in einer sozialen Marktwirtschaft sein.

MTH



Es ist nicht egal, wer unser Land regiert! Vier Beispiele zeigen, wie eine SPD-Regierung eine andere, bessere Politik für die Menschen umsetzen wird.

## Sicheres und gutes Leben im Alter

Die beste Vorsorge für eine gute Rente ist gute Arbeit mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und ein gesetzlicher Mindestlohn.

Solidarrente einführen, Übergänge schaffen

Den Wunsch, im Alter genug Geld für ein existenzgesichertes Leben zu haben, haben alle. Für langjährig gesetzlich Rentenversicherte (30 Beitragsjahre / 40 Versicherungsjahre) führt die SPD eine Solidarrente von 850 Euro ein. Dazu werden Zeiten längerer Arbeitslosigkeit stärker als heute berücksichtigt, geringere Rentenansprüche aufgestockt, wenn keine anderen regelmäßigen Einkünfte vorliegen. Das gilt insbesondere auch für Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren sind.

Solo-Selbständige ohne obligatorische Altersversorgung beziehen wir in die Gesetzliche Rentenversicherung ein. Die Finanzierung der Solidarrente erfolgt aus Steuermitteln.

Insbesondere diejenigen, die aufgrund von Arbeitsbelastungen oder Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr erwerbstätig sein können, brauchen bessere und vielfältigere Übergänge ohne große Einkommensverluste.

Die SPD will:

► eine attraktive Teilrente ab 60 oder vergleichbare flexible Übergangsmodelle, bei denen auf der Grundlage gesetzlicher Regelungen Tarifverträge abgeschlossen werden können, ► einen abschlagsfreien Zugang zur Rente ab 63 Jahren nach 45 Versicherungsjahren, ► einen abschlagsfreien Zugang zur Erwerbsminderungsrente und eine Verlängerung der Zurechnungszeit zur Erwerbstätigenversicherung, die mehr Gruppen einbezieht, ► erleichterte Möglichkeiten für Zusatzbeiträge an die Rentenversicherung.

Die »Rente mit 67« tritt nur in

Kraft, wenn mindestens die Hälfte der 60- bis 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung bleibt bis 2020 stabil. Dann erfolgt eine Neubewertung auch im Blick auf eine erfolgreiche Arbeitspolitik.

Eine betriebliche und tarifvertraglich abgesicherte Altersversorgung gibt in vielen Branchen zusätzliche Sicherheit im Alter. Der Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge darf nicht alleine von den Beschäftigten getragen werden.

Nach über 20 Jahren Deutscher Einheit sind unterschiedliche Rentensysteme für Ost und West nicht mehr akzeptierbar. Bis 2020 wird die SPD die vollständige Angleichung in Stufen erreichen.

MECHTHILD RAWERT

## Kindgerechte Förderung in Kitas und Krippen

Es ist ein Flopp sondergleichen: das Betreuungsgeld, das die schwarz-gelbe Bundesregierung auf Wunsch der bayerischen CSU realisiert hat. Familien, die ihre Kinder zuhause betreuen anstatt auf eine kindgerechte Förderung in einer Kita zu setzen, werden seit dem 1. August finanziell unterstützt.

Doch erste Zahlen zeigen, dass das Betreuungsgeld kaum nachgefragt wird. In Thüringen ging kein einziger Antrag ein, in Mecklenburg-Vorpommern nur 44, und auch in Rheinland-Pfalz könne, wie das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* Ende Juli berichtete, von einem Ansturm keine Rede sein.

Die geringe Anzahl der Anträge zeige, „dass das Betreuungsgeld an den Bedürfnissen der meisten Familien vorbeigeht“, erklärt Manuela Schwesig, stellvertretende SPD-Parteivorsitzende und Sozialministerin in Schwerin.

Das Betreuungsgeld ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Familienpolitik der derzeitigen Bundesregierung weitestgehend wirkungslos verpufft. Dies belegt sogar ein Gutachten, das von der schwarz-gelben Regierung in Auftrag gegeben wurde.

Rund 200 Milliarden Euro gibt Schwarz-Gelb für 156 familienpolitische Maßnahmen – wie das Betreuungsgeld – aus. Ein Großteil der Summe wird nicht zielgerichtet verteilt, befanden die Gutachter. Trotz dieses schlechten Zeugnisses für ihre Arbeit will Bundesfamilienministerin Kristina Schröder an der bisherigen Praxis und den wirkungslosen Instrumenten festhalten.

Die SPD setzt auf familienpolitische Reformen und will auch den Ladenhüter Betreuungsgeld wieder abschaffen.

Die Gelder sollen stattdessen für den weiteren Ausbau und für die Qualitätssicherung von Kitas verwendet werden.

Aber auch die Beitragspflicht soll abgeschafft werden – zunächst für Kinderkrippen, dann für Kitas soll.

Das Wahlprogramm der SPD sieht vor, Familien um durchschnittlich 1900 Euro pro Jahr zu entlasten. Mit wirkungsvollen Maßnahmen und nachgefragten Leistungen. MTH



Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2013 finden Sie über den Service-Link ► [www.tsaktuell.de/programm](http://www.tsaktuell.de/programm) Viele weitere Infos gibt es auf der Webseite der SPD: ► [www.spd.de](http://www.spd.de)



# Eine Politikerin mit klarer Haltung

Mechthild Rawert – SPD-Direktkandidatin für Tempelhof-Schöneberg

**D**as Leben ist bunt und vielfältig – so das Motto von Mechthild Rawert (55), SPD-Direktkandidatin für Tempelhof-Schöneberg. Es lohnt sich, Mechthild Rawert kennenzulernen – und sie mit der Erststimme bei der Bundestagswahl am 22. September zu wählen: Sie ist eine Frau mit klarer Haltung, mit Ecken und Kanten. Sie ist keine, die sich durchwuschelt oder mit ihrer Meinung hinter dem Berg hält. Ihr Einsatz für die Bürgerinnen und Bürger in Tempelhof-Schöneberg ist bemerkenswert.

### Anpacken und Gestalten

Der Weg in die SPD war dem „katholischen Mädchen vom Lande“, Älteste von 7 Geschwistern und mittlerweile stolze Tante von 16 Nichten und Nefen, nicht vorgegeben. „Ich will etwas bewegen, will eine lebendige und offene Demokratie. Mit der SPD kämpfe ich für gesellschaftlichen Fortschritt für alle.“ Mechthild Rawert ist seit 1981 aktives Gewerkschafts- und seit 1987 SPD-Mitglied. Sie war lange Jahre die Landesvorsitzende der *Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)* und Vorstandsmitglied des *Berliner LandesFrauenRats*. Sie ist in der *AG Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen* in der SPD aktiv. Als linke Sozialdemokratin gehört sie dem Vorstand des bundesweiten *Forum DL 21* an.

Vor ihrer erstmaligen Wahl in den Deutschen Bundestag 2005 war die gelernte Sozialpädagogin und Diplom-Pädagogin in vielen Feldern beruflich aktiv: in der Fortbildung für Erzieherinnen, der Frauen- und Familienarbeit, der Arbeits- und Beschäftigungspolitik und zuletzt als erste Zentrale Frauenbeauftragte der Charité. „Viele Lebens- und Berufserfahrungen verhindern im Bundestag Schmalspur und Abgehobenheit.“

### Der Mensch im Mittelpunkt

Mechthild Rawert ist Mitglied des Bundestagsausschusses für Gesundheit. Spricht sie über Gesundheit, Pflege und Inklusion geht es um Teilhabe und Selbstbestimmung, um Rechte und Wohl von Patientinnen und Patienten, von Pflegebedürftigen und die (zumeist weiblichen) Beschäftigten im Gesundheitswesen. Sie steht für die Verhinderung einer Zweiklassenmedizin, will die solidarische Bürgerversicherung, den Ausbau von Prävention und Rehabilitation, kurzum: eine gerechte Gesundheitsversorgung für alle. Bei Mechthild Rawert steht der Mensch im Mittelpunkt!

Die Schaffung politischer Rahmenbedingungen für gute Arbeitsbedingungen und höhere Löhne in den Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufen sind drängende Herausforderungen:



MECHTHILD RAWERT | Kompetent. Lebensnah. Vor Ort.

„Nur mit attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsstrukturen im Krankenhaus und in der Pflege schaffen wir den demografischen Wandel und eine Pflege in Würde.“

Geschlechtergerechtigkeit ist Kern einer chancengleichen Gesellschaft. Mechthild Rawert kämpft für die eigenständige Existenzsicherung von Frauen, für den gesetzlichen Mindestlohn und gegen die Ausweitung der Minijobs, für gleiches Geld

bei gleich(wertiger) Arbeit. „Die Lohnlücke von 22% zu Lasten der Frauen und über 50% bei der Rente sind ein Skandal. Geld schändet den weiblichen Charakter nicht!“ Sie will die „gläsernen Decken“ in den Frauenkarrieren einreißen – auch mit einer Quote. „Mehr Frauen an der Spitze ist nur leistungsgerecht!“

Mechthild Rawert kämpft gegen Gewalt an Frauen und für eine Reform des 1958 als „Aner-

kennung für die Hausfrauen“ eingeführten Ehegattensplittings.

### Soziale Wohnungspolitik

Wir brauchen deutlich mehr bezahlbaren Wohnraum. Mechthild Rawert kämpft gegen die Verdrängung von Mieterinnen und Mieter und für ein starkes soziales Mietrecht. Zunehmend kommen Rentnerinnen wegen steigender Mieten in ihre Sprechstunde. Die meisten wollen aus Scham keinen Antrag auf Altersgrundsicherung stellen. Gerade für diese Frauen ist das SPD-Konzept der Solidarrente wichtig. Und gut, dass das schwarz-gelbe »Mietrechtsverschlechterungsgesetz« unter Rot-Grün sofort wieder abgeschafft wird. „Deshalb kämpfe ich auch für starke Kommunen und mehr Wohnungsbaugenossenschaften.“

### Vielfalt leben

Fast 25 Jahre lebt Mechthild Rawert in Tempelhof-Schöneberg. „Wir brauchen gleiche Rechte für alle. Vielfältige Lebensstile sind eine Bereicherung. Auch ich profitiere davon: Mein Büro ist »gelebte Vielfalt.«“

Die Abschaffung des Optionszwanges, Erleichterungen bei der Doppel- und Mehrstaatlichkeit, beim Einbürgerungsverfahren – kurzum ein modernes Staatsbürgerschaftsgesetz –, die grundsätzliche Unterstützung

des EU-Beitritts der Türkei, eine aktive Antidiskriminierungs- und Rassismuspolitik sind nur einige ihrer Herzensanliegen. All ihre Initiativen und Aktionen haben ein Ziel: „Alle Tempelhof-SchönebergerInnen sollen unser Gemeinwesen mitbestimmen. Dafür müssen wir unsere Institutionen interkulturell öffnen und die Anerkennung von ausländischen Ausbildungsabschlüssen beschleunigen.“

Unser Bezirk ist Heimat von Menschen verschiedenster sexueller Identitäten, Schwulen und Lesben, Bi-, Trans- und Intersexuellen und Transgender – und das ist gut so. „Ich stehe für die Öffnung der Ehe und für ein Adoptionsrecht für alle. Ich bin für Steuererhöhungen, aber nicht durch eine Ungleichheitsbehandlung aufgrund der sexuellen Identität eines Menschen.“

Wenn Sie Mechthild Rawert begegnen, sprechen Sie sie ruhig an. Sie hat immer ein offenes Ohr. „Mir ist der direkt Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern besonders wichtig. Nur so kann ich gute Politik machen, im Bundestag und für die Menschen in Tempelhof-Schöneberg.“

MANUELA HARLING

- [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)
- [facebook.com/Mechthild.direkt](https://facebook.com/Mechthild.direkt)
- [facebook.com/Mechthild.Rawert](https://facebook.com/Mechthild.Rawert)

## Sie haben die Wahl – und zwei Stimmen

**B**ei den Wahlen zum Deutschen Bundestag haben Sie auf Ihrem Stimmzettel zwei Stimmen.

Die »Erststimme« (auf der linken Hälfte des Stimmzettels) ist personengebunden. Mit dieser Stimme wählen Sie eine Direktkandidatin bzw. einen Direktkandidaten, die / der ihren Wahlkreis im Bundestag vertreten soll.

Wer die meisten Erststimmen auf sich vereinigen kann, erhält sicher einen Sitz im Bundestag – unabhängig vom Ergebnis der Partei, für die sie oder er antritt.

Mit der »Zweitstimme« (auf der rechten Hälfte des Stimm-

zettels) unterstützen Sie eine Partei. Das Gesamtergebnis der Zweitstimmen aus allen Wahlkreisen in Deutschland entscheidet über die Verteilung der Sitze im Deutschen Bundestag auf die einzelnen Parteien. Damit eine Partei in den Bundestag einzieht, muss sie mindestens 5% der Zweitstimmen erhalten.

### Den Wechsel »eintüten« – nutzen Sie die Briefwahl

Sie sind am Wahlsonntag nicht in Berlin oder haben am 22. September keine Zeit, persönlich in Ihr Wahllokal zu gehen? Dann können Sie schon jetzt Ihre Stimmen für einen Politikwechsel in Deutschland abgeben.



STIMMZETTEL | In Tempelhof-Schöneberg wählen sie die Direktkandidatin Mechthild Rawert und die SPD mit Ihren Kreuzen bei Liste 3.

Auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung finden Sie den Antrag auf einen Wahlschein

für die Briefwahl. Den Antrag können Sie per Post oder per Fax an das Bezirkswahlamt schi-

cken – oder den Antrag online über ein Formular auf der Webseite [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de) stellen. Ihre Wahlunterlagen kommen dann per Post.

Auch eine Briefwahl direkt vor Ort in einer für Sie zuständigen Briefwahlstelle ist möglich. Dazu sollten Sie Ihre Wahlbenachrichtigung und Ihren Personalausweis mitbringen. Die Öffnungszeiten, Adressen und Telefonnummern der Briefwahlstellen Ihres Bezirkes finden Sie auf Ihrer Wahlbenachrichtigung.

### Weitere Informationen zur Wahl:

- [www.bundeswahlleiter.de](http://www.bundeswahlleiter.de)
- [www.wahlen-berlin.de](http://www.wahlen-berlin.de)

## FAHRDIENST AM WAHLSONNTAG

**A**m Wahlsonntag, dem 22. September 2013, bietet die SPD in Tempelhof-Schöneberg in einzelnen Ortsteilen wieder einen Fahrdienst zum Wahllokal an.

Wenn Sie in Mariendorf wohnen, können Sie Kontakt mit Lars Rauchfuß, Telefon 0172 - 445 09 56, aufnehmen.

Wählerinnen und Wähler in den Ortsteilen Lichtenrade und Marienfelde wenden sich bitte an Gisela Pravda, Telefon 030 - 721 19 21.

Die Fahrdienste sind kostenfrei. Zur besseren Koordination der Abholtermine bitten wir Sie um eine frühzeitige Anmeldung.

## Neulich im Wahlkampf...



## WIR ALLE ENTSCHEIDEN

„Ich wähle SPD, weil gute Arbeit gerecht bezahlt werden und Bildung für jeden zugänglich sein soll und ich mir grundsätzlich wieder ein sozialeres Deutschland wünsche – und vom Lobbyismus der aktuellen Regierung sowie der »Aussitz-Kanzlerin« schlicht und ergreifend genug habe!“

DIANA REIMANN AUS LICHTENRADE



FOTO: PRIVAT



## WOHNUNGSBAU AUF DEM GELÄNDE DES POSTAMTS 62

Die Immobiliengesellschaft der Telekom »Corpus Sireo« hat ambitionierte Pläne für das Gelände der Post in der Schöneberger Hauptstraße.

So sollen die Gewerbetagen im Hofbereich denkmalgerecht saniert werden, um sie einer neuen gewerblichen Nutzung zuzuführen. Weder die Post noch die Telekom haben Verwendung für die Räumlichkeiten.

Zur Belziger Straße hin will »Corpus Sireo« Eigentumswohnungen errichten, ebenso im Bereich der Garagengebäude im Blockinneren. An der Hauptstraße sollen zwischen der Post und dem »Havana Club« Mietwohnungen entstehen. AS

## GEFAHR IM BOELCKETUNNEL?

Der Tunnel, der im Zuge der Tempelhofer Boelckestraße den Stadt- und S-Bahnring unterquert, ist 250 Meter lang.

Erheblicher LKW-Verkehr, Staus vor allem in den Morgenstunden führen zu einer erhöhten Abgaskonzentration. Aufgrund fehlender Ventilation ist es dort äußerst stickig und insbesondere für Radfahrer und Fußgänger belastend. Ältere und geschwächte Menschen können den Tunnel zu Fuß praktisch nicht ohne ein Gefühl des Unwohlseins durchqueren.

Die SPD-Fraktion in der BVV hat daher beantragt, die Feinstaub- und Stickoxyd-Belastung im Tunnel zu messen, um im Falle einer gesundheitsgefährdenden Konzentration von Schadstoffen geeignete Maßnahmen zu ergreifen. AS

## BVV-BESCHLUSS ZUR BAUTZENER STRASSE 20-24

Gegen den langjährigen heftigen Widerstand einer ganzen Reihe von Anwohnern aber auch Naturschützern aus anderen Bezirken beschloss die BVV, das Bezirksamt mit der Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die Grundstücke Bautzener Straße 20-24 zu beauftragen.

Ein ursprünglich von den Grünen dazu eingebrachter Antrag wurde von SPD und CDU nach einer Reihe von Änderungen ebenfalls mitgetragen und eingebracht.

Die SPD unterstützte den Antrag, weil er zum einen die Verpflichtung enthält, mindestens 20% der Wohnungen für WBS-Berechtigte zu reservieren, zum anderen wird mit dem Bebauungsplan eine öffentlich zugängliche Rampe gesichert und finanziert, die über die Yorckbrücke 5 in den Gleisdreieckpark führt. AS

## SPD-KREISBÜRO LÄNGER GEÖFFNET

Bis zur Wahl ist das Kreisbüro der SPD in der Hauptstraße 100 (nach Innsbrucker Platz) jeden Werktag besetzt.

Montags von 10.00 bis 15.00 Uhr, Dienstags von 12.00 bis 17.00 Uhr, Mittwoch von 10.00 bis 14.00 Uhr, Donnerstag von 10.00 bis 15.00 Uhr und am Freitag von 14.00 bis 18.00 Uhr

# Rücksicht bekommt Vorfahrt

Die Maaßenstraße in Schöneberg soll zur ersten »Begegnungszone« Berlins werden

Die Maaßenstraße zwischen Nollendorfplatz und Winterfeldtplatz ist durch eine hohe Dichte an Cafes, Restaurants, Kneipen, Bars etc. geprägt. Fast alle gastronomischen Einrichtungen bieten die Möglichkeit der Bewirtung im öffentlichen Straßenland.

Neben den Bewohnerinnen und Bewohnern des Kiezes halten sich im gesamten Gebiet auch viele Besucherinnen und Besucher auf, darunter ein hoher Anteil an Touristen, die das Quartier als »Vergnügungs- und Ausgehviertel« nutzen.

In der Folge gibt es dort sehr unterschiedliche Interessen. Verkehrsteilnehmer zu Fuß, mit dem Rad oder mit dem Auto beanspruchen jeweils ihre Räume und Freiräume. Durch die Schaffung einer so genannten Begegnungszone sollen sie künftig gleichberechtigte Partner werden – indem alle gegenseitig aufeinander Rücksicht nehmen.

### Ideenwerkstätten mit der Anwohnerschaft

Auf mittlerweile zwei stattgefundenen und gut besuchten Ideenwerkstätten haben sich Bezirk, Planer und die Anwohnerinnen und Anwohner über eine mögliche Neugestaltung der Maaßenstraße intensiv ausgetauscht. Die Planungen gehen nun langsam in eine entscheidende Phase – denn bereits 2014



MAASENSTRASSE | Anwohnerschaft, Verkehrsteilnehmer und Flaneure treffen sich hier auf engem Raum FOTO: KEGEL

soll der Umbau vorantgetrieben werden. Die Bürgerbeteiligung soll noch im Oktober dieses Jahres mit der Vorstellung der weiterentwickelten Pläne fortgeführt werden.

„Das Projekt »Begegnungszone Maaßenstraße« ist Teil

einer großen Aufwertung des Kiezes. Schon über ein Jahr ist das Bezirksamt mit den Bürgerinnen und Bürgern im Gespräch. Eine Begrenzung der Gastronomie und des Durchfahrungsverkehrs sind schon beschlossen und teilweise um-

gesetzt. Mit der Begegnungszone folgt der nächste Schritt.“, so Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD).

### Der Senat macht's möglich

Ermöglicht wird diese in Berlin bisher einmalige Maßnahme

durch ein Programm des Berliner Senats. Im Rahmen der 2011 beschlossenen so genannten Fußverkehrsstrategie wurde geplant, drei Straßen in Berlin als Pilotprojekte in »Begegnungszone« umzuwandeln. Unter den vielen Bewerbungen gehörte schließlich die Maaßenstraße zu den ausgewählten Standorten. Ausschlaggebend dafür war auch, dass der Bezirk eine zügige Planung und zeitnahe Umsetzung des Projekts versprochen hat.

### Aufwertung für den Kiez

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler freut sich auf die neu gestaltete Maaßenstraße: „Insbesondere die Anwohnerinnen und Anwohner werden vom Durchgangsverkehr entlastet und erhalten größere öffentliche Aufenthaltsflächen. Die »Begegnungszone Maaßenstraße« bietet dem Bezirk die Möglichkeit, unter intensiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine bauliche und verkehrliche Situation zu schaffen, die den Interessen insbesondere der Verkehrsteilnehmer/innen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind, gerecht wird. Ich bin mir sicher, dass im Ergebnis die Lebensqualität für alle steigt.“ HK

Weitere Informationen und Dokumente finden Sie hier: [www.berlin-city-west.de](http://www.berlin-city-west.de)

## Plätze für Kids

Bezirk investiert in neue Spielplätze

Kinder brauchen Platz zum Spielen und Toben. Umso wichtiger sind gute und funktionstüchtige Spielplätze. Bei zweien im Schöneberger Norden tut sich nun einiges:

Der Spielplatz Else-Lasker-Schüler-Straße 8 ist schon länger eine Zumutung für Kinder und Eltern. Er wird von Drogen-süchtigen ebenso genutzt wie von Prostituierten und ihren Freiern. Zurück bleiben benutzte Kondome, Spritzbestecke, leere Alkoholflaschen und diverser anderer Müll.

Die SPD-Fraktion in der BVV hat daher im Juni beantragt, den Spielplatz unverzüglich zu sperren und vor einer Wiedereröffnung durch Reinigung und den Austausch des Sandes die Sicherheit und Gesundheit der besuchenden Kinder zu gewährleisten.

Die Zäune rund um den Spielplatz sollen vervollständigt und erhöht werden. Zudem sollen Schließzeiten des Geländes außerhalb der Spielzeiten eingeführt werden.

Darüber hinaus soll Kontakt zu den Trägern der Sozialarbeit vor Ort und dem Präventionsbeauftragten aufgenommen werden, um auch vorbeugend etwas gegen die Zweckentfremdung zu unternehmen. Der Spielplatz soll schnellstmöglich wieder zur Verfügung stehen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen und das Bezirksamt hat signalisiert, dass die notwendigen Mittel bereitgestellt werden können. So ist auf eine zeitnahe Wiedereröffnung zu hoffen

Der schon etwas abgespielte Platz hinter der Sophie-Scholl-Schule wurde seit Ende letzten Jahres abgebaut – und es wurde gebaggert und aufgebaut. Die Neugestaltung des Spielplatzes Kleistpark Nord ist abgeschlossen – unter dem Motto »Feuerwache Kleistpark« ist er jetzt einsatzbereit. Mit einem Fest am 23. August wurde er feierlich eröffnet.



Was gibt es alles in einer Feuerwache? Klar, da stehen die Feuerwehrautos, die mit großem Lalü-lala und Feuerwehrleiter oben drauf ausrücken, wenn es brennt. Aber da sind natürlich auch ganz viele dicke Feuerwehrschläuche, die Feuerwehrleute rutschen an einer Stange runter zum Auto, und sie haben auch die Sprungmatten zum Leute-Retten mit im Gepäck.

Das alles und noch einiges mehr finden die Kids im Schöneberger Norden jetzt auf dem neuen Spielplatz wieder.

AS/RD

## Von Karl zu Karl: Eine Posse

Umbenennung der Einemstraße verzögert sich ein weiteres Mal

Im Februar 2012 beschloss die BVV Tempelhof-Schöneberg nach einem anderthalbjährigen Prozess mit ausgiebiger Diskussion, dem Einholen von Gutachten und wiederum von Expertisen, die die Aussage der Gutachten bestätigten, die nördlich des Nollendorfplatzes gelegene Einemstraße umzubenennen – und zwar nach dem Juristen und Vorkämpfer der Homosexuellen-Bewegung Karl Heinrich Ulrichs.

Auch die BVV des Bezirks Mitte, durch deren Gebiet ein Teil der Einemstraße verläuft, schloss sich im Juni 2013 dem Ansinnen Tempelhof-Schönebergs an und fasste ebenso einen Beschluss zur Umbenennung. Was ist seitdem passiert? Nichts!

### Eine endlose Geschichte

Zur Historie: Als die SPD-Fraktion im Januar 2010 den Antrag in die BVV Tempelhof-Schöneberg einbrachte, die Einemstraße umzubenennen, weil es sich bei Karl von Einem um einen Wegbereiter des Nationalsozialismus handele, argumentierte die CDU dagegen, hielt ihr damaliges ignorant und homophobes Verhalten für zeitgemäß und verlangte ein entsprechendes Gutachten. Schon damals war klar, dass dies angesichts der Haushaltslage des Bezirks schwierig werden würde.

Nachdem schließlich die Gutachten von anerkannten Wissenschaftlern vorlagen, wurde von Seiten der Verwaltung unterstellt, dass es sich um Gefälligkeitsgutachten handeln könnte, und es wurden wieder-



CSD 2011 | Symbolische Umbenennung der Einemstraße FOTO: AXEL HILDEBRANDT

um Expertisen gefordert. Aber auch diese bestätigten die Aussage der Gutachten, dass es sich bei Karl von Einem zweifelsohne um einen Wegbereiter des Nationalsozialismus handele.

Die BVV hat dann nach einer langen Debatte beschlossen, die Einemstraße (entgegen eines Beschlusses der BVV Straßen vorrangig nach Frauen zu benennen) mit Karl Heinrich Ulrichs nach einem Mann zu benennen.

In der März-BVV stellte CDU-Stadtrat Krüger, auf die Frage, ob die Umbenennung im Rahmen des 20. Jubiläums des schwul-lesbischen Straßenfestes stattfinden könne, fest, dass die Gutachten keine Unterschriften hätten, weil sie per Fax übermittelt wurden und die Verwaltung den Umbenennungsprozess so unmöglich in Gang setzen könne. Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

Geschichte vollzieht sich in Wellen, nur treffen sie die Ei-

nemstraße in besonderer Weise und besonders kurzen Abständen – da sich nun der CDU-Stadtrat im Bezirk Mitte Spallek sperrt. So ließ er, trotz des erklärten politischen Willens der BVV, anfragen, ob die Einemstraße überhaupt umbenannt werden müsse.

Fakt ist, dass die CDU sowohl in Tempelhof-Schöneberg als auch in Mitte immer wieder neue Vorwände findet, die Straße nicht umbenennen zu müssen. Inzwischen sollten beide Bezirke die Umbenennung längst im Amtsblatt veröffentlicht haben, damit dann nach einer dreimonatigen Frist die Straße umbenannt werden kann. Was ist passiert? Nichts!

Der schwul-lesbische Kiez in Schöneberg hat es längst verdient, sich mit der Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße auch im Straßenbild wiederzufinden.

Herr Krüger, Herr Spallek, handeln Sie und starten Sie den Umbenennungsprozess!

MELANIE KÜHNEMANN



# Was sich ändern muss

Prominente Berlinerinnen und Berliner über ihre Erwartungen an die Bundestagswahl

Die Schlagzeilen stellen der Bundesregierung kein gutes Zeugnis aus.

„Kabinett der Ahnungslosen“ titelte die Berliner Zeitung unlängst. Und die Bilanz der Süddeutschen

Zeitung lautete: „Die größte Leistung der Koalition ist es deshalb, dass sie die vier Jahre überlebt hat.“

Welche Erwartungen verbinden Berlinerinnen und Berliner mit dem 22. September, was soll sich politisch ändern, fragte das Berliner Stadtblatt. Hier einige Antworten.



**TIM RENNER ...**

... 1964 geboren, ist Musikproduzent, Journalist und Autor.

„Kreative brauchen eine Kulturpolitik, die nicht nur auf dem roten Teppich der Filmpremieren stattfindet, eine Medienpolitik, für die das Internet kein „Neuland“ ist, und eine Sozialpolitik, die Solo-Selbstständige sichert. Kreative brauchen einen Machtwechsel.“



**MARIANNE BUGGENHAGEN ...**

... 1953 geboren, ist Leichtathletin. Sie gewann insgesamt neun paralympische Goldmedaillen.

„Ich wünsche mir für die Bundestagswahl, dass die Wahlversprechen auch umgesetzt werden. Großen Wert lege ich dabei auf die Bildung, Gesundheit (dazu gehört auch die Pflege) und die Versprechen im sozialen Bereich.“



**KLAUS HOFFMANN ...**



**LEA ROSH ...**

... 1936 geboren, Fernsehjournalistin, Autorin und Publizistin.

„Meine Wünsche an eine neue Bundesregierung sind sehr einfach und sehr selbstverständlich: 1. Geldumverteilung von oben nach unten. 2. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro. 3. Eine scharfe Mietpreisbindung. 4. Für Frauen natürlich: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, was wir seit Jahrzehnten fordern! 4. Endlich gerechtere Renten. 5. Weg mit dem Betreuungsgeld, dafür kostenfreie Kita-Plätze für alle Kinder, vor allem für die sozial Benachteiligten.“



**DORO ZINKE ...**

... 1954 geboren, Vorsitzende des DGB Bezirks Berlin-Brandenburg.



**FELIX HUBY ...**

... 1951 in Berlin geboren, ist Sänger, Schauspieler, Autor und Liedermacher.

„Ich wünsche mir Querdenker unter den Gewählten,



**MICHAEL SOMMER ...**

... 1952 geboren, seit 2002 Bundesvorsitzender

## STIMMEN ZUR BUNDESTAGSWAHL



„Das größte Risiko für die Demokratie sind Menschen, die nicht wählen gehen, weil sie glauben, dass man sowieso nichts ändern kann. Es ist gut, wenn Sozialdemokratinnen und -demokraten an der Regierung beweisen, dass man sehr wohl was ändern kann, dass es einen Unterschied ausmacht, wer die Regierung stellt.“

Dabei sind nicht Worte gefragt, sondern Taten.“

... 1938 geboren, Schriftsteller, Drehbuchautor (Tatort) und Journalist.

„Nach der Wahl am 22. September erhoffe ich mir Weichenstellungen statt Wahlgeschenke. Vor allem in der Bildungs- und in der Gesundheitspolitik. Ich wünsche mir eine Regierung, die nicht mehr ihr Mäntelchen in den Wind

nicht große-Worte-Macher. Eine gerechte Sozialpolitik, nicht nur Beruhigungstropfen für einige und Hartz IV für die anderen.“

... 1948 geboren, Historiker mit dem Fachgebiet Neuere Deutsche und Europäische Geschichte, veröffentlicht im Oktober das Buch „Mit anderen Augen“ über seinen Vater Willy Brandt.

„Ich möchte, dass meine Enkel in einem auch innerlich geeinten Deutschland aufwachsen, das als Teil eines Vereinten Europa zum allgemeinen Frieden, zum Schutz der natürlichen Umwelt und zur gerechten Verteilung der Reichtümer unserer Erde beiträgt. Sie



**PROF. DR. PETER BRANDT ...**

sollen in einer solidarischen Gesellschaft der Freien und Gleichen leben, in der die Entfaltung der Individua-

lität aller und die Gemeinschaftlichkeit gleich groß geschrieben werden. Jahrzehntlang hat es eine Vorherrschaft des globalisierten Finanzmarktkapitalismus und der neoliberalen Ideologie gegeben. Jetzt sollte die Entwicklung der sozialen Teilhabe und - damit verbunden - der politischen Teilnahme zum Vorteil nicht nur einer Partei, sondern auch des gesellschaftlichen Zusammenhalts einmal wieder im Sinne von „Mehr Soziale Demokratie wagen“ nach oben zeigen.“

des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Wir brauchen sofort einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde, und es muss endlich Schluss sein mit dem Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen.“



**ÖZGÜR ÖZATA ...**

... 1977 geboren, war Schauspieler und arbeitet heute als Autor und Literaturagent. Seit Februar 2012 ist er Herausgeber des monatlich erscheinenden Nachrichtenmagazins „Berlinterk“.

„Ich wünsche mir, dass alle Parteien zusammen gegen den institutionellen Rassismus vorgehen. Anstatt das Trennende zu betonen, muss auf Gemeinsamkeiten gebaut werden. In einer modernen Gesellschaft dürfen Farbe und Religion keine Rolle mehr spielen.“



**KATIA SAALFRANK ...**

... 1971 geboren, Diplom-Pädagogin (u.a. 2004 bis 2011 im RTL-Format „Die Super Nanny“) und Musiktherapeutin.

„Heute brauchen wir dringend eine moderne und zukunftsfähige Familienpolitik, die den Bedürfnissen von Eltern nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf genauso gerecht wird wie dem Recht der Kinder auf's Kindsein und qualitative Betreuung und Bildung.“

Wir brauchen ein Zukunftsbündnis für Familie und keine Kinder-Küchen-Kirche-Herdprämie. Dafür stehen Peer Steinbrück und die SPD.“



**LUCI VAN ORG ...**

... 1971 in Tempelhof geboren, ist Moderatorin, Schauspielerin, Schriftstellerin, Sängerin, Regisseurin und Drehbuchautorin.

hängt wie Frau Merkel, und die unseren europäischen Freunden wirklich hilft, die einen Mindestlohn durchsetzt und Schwachsinnsideen wie das Betreuungsgeld kippt. Ich wünsche mir Geld für Schulen, Straßen, Schifffahrtswege, Schienen und Energieleitungen. Ich wünsche mir, dass ich nicht nachts im Krankenhaus im Sterben liege und niemand bei mir ist wegen des Pflegegelds. Ich habe eine ziemlich teure Wette laufen, dass Frau Merkel nach dem 22. September nicht mehr Kanzlerin sein wird, und ich wünsche mir sehr, dass ich diese Wette gewinne.“

Früher Sängerin der Band Lucilectric, hat sie 2013 ihren Debüt-Roman „Frau Hölle“ veröffentlicht.

„Ich wünsche mir von den zur Wahl antretenden Politikern und Parteien Ehrlichkeit, Respekt vor der Lebensleistung aller Bürger und echte Lösungsvorschläge statt eines Wahlkampfes, der unterschiedliche Gesellschaftsschichten gegeneinander aufhetzt. Ich wünsche mir Politiker, die die Verletzung von Bürgerrechten im Internet ernst nehmen - anstatt sie entweder als wahnhaft abzutun oder sie für Wahlkampfreden auszuschlachten, während sie gleichzeitig auf Kuschkurs mit den Verantwortlichen gehen.“

Ich wünsche mir Politiker, die selbst aus gesundem Menschenverstand heraus überlegen, wie man den Problemen dieser Zeit begegnen kann, anstatt vermeintlichen Stammwählern Geschenke zu versprechen. Man sagt ja, Wünsche werden wahr, wenn man nur stark genug an ihre Erfüllung glaubt. Muss da ganz offensichtlich noch ein bisschen an mir arbeiten ...“



**GAYLE TUFTS ...**

... 1960 geboren, ist Entertainerin und lebt seit 1991 in Berlin.

„Ich weiß sehr genau, wie einsam und frustrierend es sein kann, wenn man die deutsche Sprache nicht beherrscht. Deshalb ist Bildung so wichtig: Kitaplätze für ALLE! Gut ausgestattete Schulen. Eine gute Ausbildung und viel Unterstützung für Kindergärtnerinnen und LehrerInnen. Und eine gute Bezahlung. Das kostet und ist eine Investition in die Zukunft. Eine Investition in weniger Frustration und weniger Sprachlosigkeit.“



# So bleibt Wohnen bezahlbar

Bußgelder gegen überhöhte Mieten - Mehr Neubau - Landesunternehmen kauften 14.000 Wohnungen

Berlin hat steigenden Mieten den Kampf angesagt. Etliche Maßnahmen zeigen bereits erste Wirkung, auch der Neubau kommt in Fahrt. Einige Regelungen können aber nur auf Bundesebene getroffen werden.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften üben nicht nur Zurückhaltung bei Mieterhöhungen, sie bauen auch wieder. „Jetzt schon sind rund 5000 neue Wohnungen in 64 Neubauprojekten geplant“, berichtet Stadtentwicklungs-senator Michael Müller. „Gleichzeitig haben die Gesellschaften bereits 14.000 Wohnungen gekauft und damit den stabilisierenden landeseigenen Wohnungsbestand deutlich erhöht.“

Mieterinnen und Mieter den Verdacht haben, dass sie



Wohnen soll bezahlbar bleiben. Die von vielen geforderte Mietbremse bei Neuvermietungen kann aber nur auf Bundesebene durchgesetzt werden. Foto: Horb

eine überhöhte Miete zahlen, können dies beim Bezirksamt melden. Müller: „Unangemessen kann eine Miete sein, wenn sie die üblichen Mieten vergleichbarer Wohnungen in

Berlin um mehr als 20% übersteigt und der Vermieter zusätzlich ein geringes Angebot an vergleichbaren Wohnungen ausgenutzt hat.“ Welche Mieten in Berlin ortsüblich sind,

zeigt der Mietspiegel. Der Bezirk kann dann gegen den Vermieter in diesen konkreten Fällen vorgehen und empfindliche Bußgelder verhängen. Per Gesetz soll die Zweckent-

fremdung von Wohnraum verhindert werden. Neue Geschäfte mit Ferienwohnungen wird es dann nicht mehr geben.

Aber das Mietrecht wird auf Bundesebene entschieden. Hier ist die bisherige schwarzgelbe Regierungsmehrheit weit hinter den Forderungen der Opposition und der Mieterverbände zurückgeblieben. Vor allem die Mietbremse bei Neuvermietung fehlt. Die möchte die SPD nun nach der Bundestagswahl einführen: Künftig sollen bei Neuverträgen die Mieten nur 10 Prozent über der Vergleichsmiete liegen dürfen. Das Gleiche gilt für Mieterhöhungen im Bestand: Maximal 15 Prozent in 4 Jahren sollen künftig erlaubt sein. Und Maklergebühren soll dann nur noch der zahlen, der den Auftrag erteilt hat. U.H.

## SERVICE: BUNDESTAGSWAHL 22. SEPTEMBER

### BRIEFWAHL

Bis zum 1. September haben alle Berlinerinnen und Berliner ihre Wahlbenachrichtigung erhalten. Fehlt die Karte, hilft das Bezirkswahlamt bei der Klärung weiter. Wer am Wahlsonntag, dem 22. September, zwischen 8 und 18 Uhr sein Wahllokal nicht aufsuchen kann, kann Briefwahl beantragen. Hinweise dazu gibt es auf der Benachrichtigungskarte oder beim Bezirkswahlamt im Rathaus.

### ZWEI STIMMEN

Es gibt zwei Stimmzettel, auf denen jeweils ein Kreuz gemacht werden darf. Mit der Erststimme wird der Kandidat oder die Kandidatin im Wahlkreis als Person gewählt. Berlin hat zwölf Wahlkreise, die bis auf wenige

Ausnahmen den Bezirken entsprechen. Die Hälfte der Bundestagsmandate wird auf diese Weise direkt vergeben. Über die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag - und damit über Koalitionsmöglichkeiten und Kanzler - entscheidet die Zweitstimme. Sie wird für eine Partei und deren Landesliste abgegeben und bestimmt das eigentliche Kräfteverhältnis.

### ZUR WAHL GEHEN

Wahlberechtigt ist, wer die deutsche Staatsangehörigkeit hat und über 18 Jahre alt ist. Wählerinnen und Wähler müssen im Wahllokal einen gültigen amtlichen Ausweis mit Bild (Personalausweis, Reisepass, Führerschein oder Schwerbehindertenausweis) vorlegen.

## Bildung tut gut

Berlin investiert weiter in Kitas und Schulen

Der Ausbau von Kitas und Schulen wird fortgesetzt. Jedes Jahr stellt Berlin mehr als eine Milliarde Euro für frühkindliche Bildung bereit. Auch in die Schulen wird weiter investiert.

In den letzten Jahren ist die Zahl der Berliner Kinder, die eine Kita besuchen, um 10.000 gestiegen. 20 Millionen Euro hat das Land Berlin 2012 und 2013 für den Ausbau von Kita-Plätzen bereitgestellt. Die Zahl der Stellen für Erzieherinnen und Erzieher ist in diesem Jahr um 200 gestiegen. Als im August das Recht auf einen Kita-Platz in Kraft trat, besuchten in Berlin bereits über 44 Prozent der Kinder zwischen 0 und 3 Jahren eine Kita - andere Bundesländer streben gerade erst 35 Prozent an.



Viel erreicht für Berlins Schulen: Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD). Foto: Schulenberg

Die Zahl der Stellen für Lehrerinnen und Lehrer ist von 26.212 auf 26.480 gestiegen. In diesem Schuljahr bildet Berlin zudem wieder 2.200 Referendare aus. Alle 362 Grundschulen, alle 118 Integrierten Sekundarschulen (ISS) und Ge-

meinschaftsschulen und über ein Dutzend Gymnasien bieten inzwischen den Ganztagsbetrieb an. Mit Investitionen in die Sanierung und die Schaffung neuer Schulräume bereitet sich Berlin zudem auf steigende Schülerzahlen vor. U.H.

## Klimawandel: Zunahme an extremen Temperaturen

Berliner Forscher untersuchen die Folgen von Hitzestress und zeigen Handlungsmöglichkeiten auf

Nach einem langen kalten Winter und einem kühlen Frühjahr ist die Sehnsucht nach Sonne naheliegend. Aber ein Mehr an Hitzetagen in Berlin hat Schattenseiten. Die Folgen von Hitzestress untersuchen Klimatologen, Stadtgeografen, Mediziner, Bauphysiker sowie Stadtplaner und Sozialwissenschaftler vor dem Hintergrund des Klimawandels.

„Der Hitzesommer 2003 hat in Europa etwa 70.000 Menschenleben gefordert, die drittgrößte Naturkatastrophe in Europa seit 500 Jahren“, sagt Professor Dieter Scherer, Klimatologe an der TU Berlin und Leiter der Forschungsgruppe. „In den Nachtstunden haben wir im Sommer im Berliner Umland bis zu zehn Grad niedrigere Temperaturen als in der Innenstadt“, weiß der TU-Pro-

fessor. Hitzestress in Großstädten folgert er aus Effekten unzureichender Abkühlung in den Nachtstunden. Daraus resultiert Schlaflosigkeit, gefolgt von Konzentrationsstörungen, die wiederum Unfallrisiken erhöhen und Befindlichkeitsstörungen verstärken sowie Erkrankungen verschlimmern können.

„Nicht der Hitzschlag ist die unmittelbare Folge von Hitzestress, vielmehr ist es ein schleichender Prozess“, betont Scherer. Zu den durch Hitzestress Gefährdeten rechnet er vor allem ältere Menschen. Klimatologisch kein neuer Wirkungszusammenhang, aber im Hinblick auf den Klimawandel von zunehmender Tragweite. „Der Klimawandel ist ein reales Phänomen. Die warmen Wetterlagen werden zunehmen, die langen kalten Winter



Der Hitze entkommen: Brunnen im Lustgarten. Foto: Horb

sind dazu kein Widerspruch. Wir befassen uns mit nachweisbaren Folgen und wollen die Risiken erforschen“, sagt Scherer. Er spricht vorsichtig

von Projektionen und nicht von Prognosen.

Das bis 2018 angelegte Forschungsvorhaben soll Handlungsmöglichkeiten gegen Hit-

zestressrisiken ausloten und auch vor planerischen Fehlentwicklungen warnen. Deshalb spielen neben klimatologischen Aspekten auch demografische und ökonomische Entwicklungen eine Rolle. Neben den vier Universitäten Berlins sind das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung wie auch die Charité beteiligt. Stadtplanung, etwa Begrünung im näheren Wohnumfeld, zählt ebenso zu den zentralen Handlungsoptionen wie intelligente Gebäudeklimatisierung. Berlin als grünste Großstadt Europas habe eine günstige Ausgangslage, meint Dieter Scherer. Aber er sieht da auch deutliche Unterschiede in den Wohnquartieren der Stadt. Für die Stadtplaner dürften aus den zu erwartenden Forschungsergebnissen weitreichende Empfehlungen abzuleiten sein. „Das

## NOTIZEN

### UND BERLIN WÄCHST DOCH

Auch wenn die Ergebnisse des Mikrozensus etwas anderes sagen: Berlin wächst, allein im letzten Jahr um 50.000 Menschen. „Das entspricht der Größe der bayerischen Stadt Passau“, so Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit. „Die dynamische Wirtschaft zieht Menschen aus dem In- und Ausland zum Leben und Arbeiten nach Berlin – gleichzeitig bietet Berlin eine ausgezeichnete Betreuungsinfrastruktur.“ Beim Mikrozensus waren in Berlin 3.292.365 Personen ermittelt worden, 179.391 weniger als angenommen.

### ORGANSPENDE

Mit einer „Berliner Erklärung Organspende“ wollen die Unterzeichner für mehr Bereitschaft zu Organspenden werben und zugleich dafür sorgen, dass die Organspende und -transplantation in Berlin und darüber hinaus auch in Deutschland insgesamt transparenter und vertrauenswürdiger gemacht werden. Zu den Erstunterzeichnern gehört der Berliner SPD-Abgeordnete Thomas Isenberg: „Klare Leitplanken des Patientenschutzes müssen das Vertrauen in die Organtransplantation stärken, Anreize zum Missbrauch beseitigen und Kontrollen verbessern. Andererseits: Wer als Patient im Falle eines Falles Organe gespendet haben möchte, sollte sich überlegen, auch selber solidarisch zu sein und Organspender zu werden.“



# Der Herbst bietet reichlich Ernte

In den nächsten Wochen ist viel los – in der Kultur, auf Bauernhöfen und in brandenburgischen Weinbergen

Der Herbst steht vor der Tür, und es gibt reichlich Ernte – ob auf den Feldern rund um die Stadt oder in den Kulturstätten mittendrin. Nach dem erfolgreichen Start 2012 geht die „Berlin Art Week“ am 17. September in die zweite Runde. Verschiedene Kunst-Institutionen haben sich gemeinsam mit den Senatsverwaltungen für Wirtschaft und Kultur auf die neue Dachmarke verständigt.

Sommer, Sonne, Wasser: Das Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz sieht die Berlin Art Week auf dem besten Weg, sich einen festen Platz im nationalen und internationalen Kulturkalender zu sichern. So wird sich wieder die Kunst Berlins in einer Woche präsentieren. Das verspricht, das Kunstereignis des Herbstes zu werden. Im Internet: [www.berlinartweek.de](http://www.berlinartweek.de).

Im Berliner Dom gibt es auch dieses Jahr (17. bis 27. Oktober) die Jedermann-Festspiele. Die Regie führt bei Hugo von Hofmannsthal's „Spiel vom Sterben des reichen



Weinfest in Guben.

Foto: PR

Mannes“ erneut Brigitte Grothum. Der leuchtende Kontrast zum düsteren Bühnenspiel ist das traditionelle „Festival of Lights“, das vom 9. bis 20. Oktober wichtige Gebäude der Stadt in buntes Licht taucht.

Wenn die Straße des 17.

Juni mal wieder für ein paar Tage dicht ist, dann ist das kein Grund zum Ärgern. Denn rund um den Tag der Deutschen Einheit wird – das ist sich Berlin schuldig – wieder gefeiert. Vom 3. bis 6. Oktober. Bereits am 29. September star-

tet dort der Berlin-Marathon. Am Wahltag, dem 22. September, präsentiert sich auf dem Potsdamer Platz die brandenburgische Landwirtschaft beim Bio-Hoffest, verbunden mit dem Fest zum Weltkindertag. Das signali-

siert zugleich: Es beginnt die Zeit der Erntefeste. Wer in Berlin bleiben will, erntet am 22. September beim Kartoffelfest auf der Domäne Dahlem seine Erdäpfel selbst. Oder er fährt mit seinen Kindern am 6. Oktober zum Vierfelderhof in Gatow – Groß-Glienicker Weg 30, Bus X34 bis Alt-Gatow.

Auf der Domäne Dahlem heißt es an diesem Tag: Mit Großvater Kartoffeln ernten, und am 12./13. Oktober ist Erntefest.

Für Weinfreunde gehört zum Herbst der Federweiß mit Zwiebelkuchen. Da muss man nicht mehr an Mosel oder Rhein fahren, denn Brandenburg mausert sich gerade zum Weinland. Zum Beispiel Bestensee, wenige Autobahnausfahrten Richtung Cottbus.

Auf dem Mühlenberg wird am 21. September ab 14 Uhr der junge Wein aus der ersten Ernte des 2011 angelegten Weinbergs gefeiert.

Eine Woche später das gleiche in Grano bei Guben. Hier ist nicht nur ein Weinberg, sondern ein richtiges Weinbauzentrum entstanden. Von Mitte September bis Oktober kann man fast täglich Federweiß und gleich nebenan in Werder roten Krausen, direkt im Wachtelberg genießen. Es gibt aber noch einen Geheimtipp: Das auf der anderen Seite der Havel auf der Insel Töplitz gelegene Weingut Klosterhof, ein Biobetrieb, der täglich zu Zwiebelkuchen und Federweißem lädt. Am 28. September kann man ab 10 Uhr bei der Weinernte mitmachen. U. R.

## Gekommen und geblieben

Christina Rau entdeckt ihr „privates Berlin“

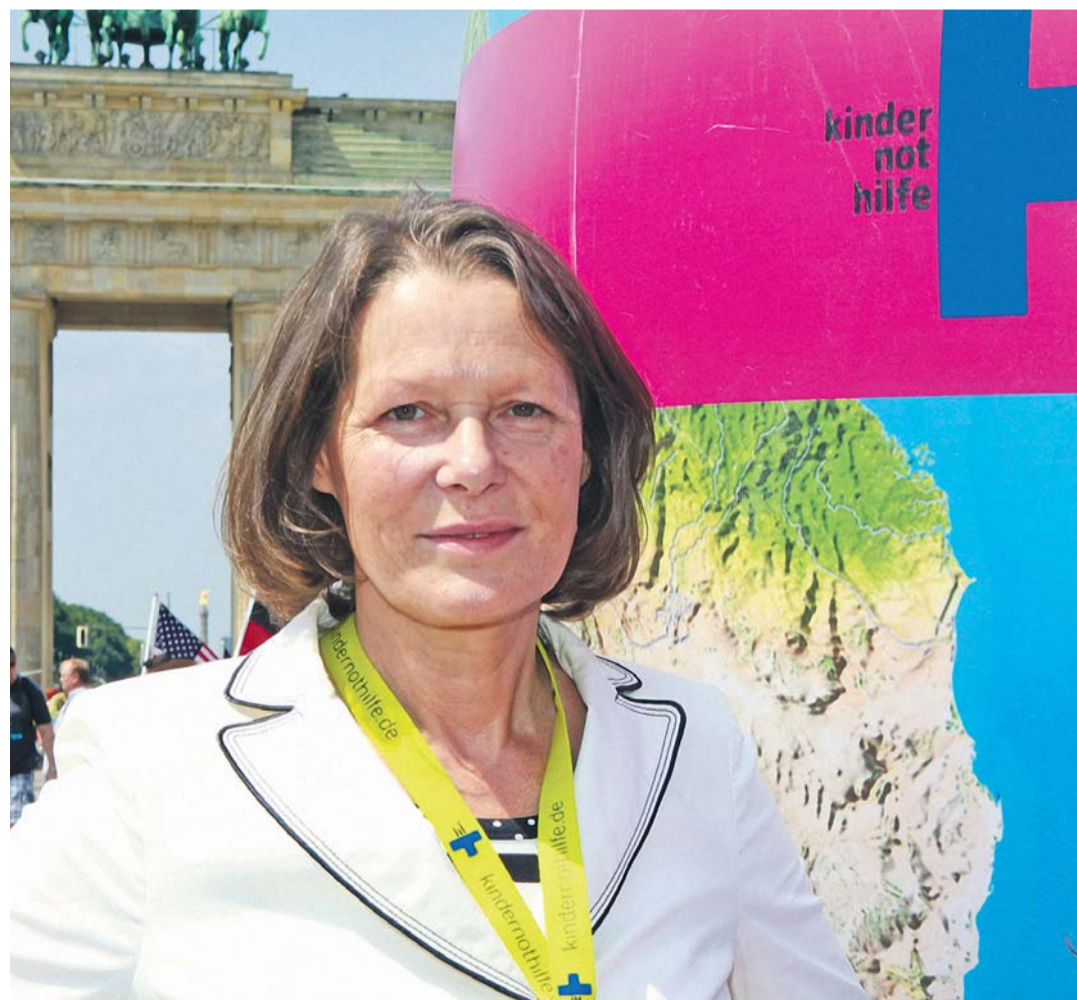
„Genau das finde ich so toll an dieser Stadt: dass es hier so viele verschiedene Möglichkeiten und interessante Gegensätze gibt.“ Christina Rau hat in diesem Sommer ein neues Puzzle-Stück gefunden, das ganz prima in dieses Berlin-Bild passt: Der „Prater“ am Prenzlauer Berg hat es ihr angetan.

„So ein riesiger Biergarten mitten in Berlin mit fröhlicher, ausgelassener Stimmung und so vielen jungen Leuten – schön ist das.“

Als „First Lady“ während der Amtszeit von Bundespräsident Johannes Rau hat sie die Hauptstadt vor allem „dienstlich“ kennengelernt und war viel auf Reisen.

Jetzt erkundet sie – „quer durch die Stadt“ – ihr privates Berlin und fühlt sich in Zehlendorf zuhause.

Denn: „Heimat ist da, wo der Lebensmittelpunkt, die Familie ist“, hat der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau gesagt, als er 1998 zum Bundespräsidenten gewählt wurde und die Familie an den neuen Dienstsitz umzog. Und anders als die Bundestags-Abgeordneten, die zwar in den parlamentarischen Sitzungswochen hier wohnen, dann aber immer wieder die Koffer packen, um zurück in ihre Wahlkreise zu fahren – sind sie geblieben.



Engagiert in Berlin: Christina Rau beim Welttag gegen ausbeuterische Kinderarbeit 2013.

Foto: Kindernothilfe (Angelika Böhling/Christian Herrmann)

Weil für die Kinder, die beim Umzug 12, 14 und 15 Jahre alt waren, „nachhause kommen“ nun Berlin und nicht mehr Wuppertal heißt. Weil Johannes Rau ein Ehrengrab auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof hat, aber auch, weil die ausgewiesene Politologin Christina Rau in Berlin nach wie vor

viele Aufgaben stemmt, z.B. für die Kindernothilfe, die Johannes-Rau-Gesellschaft oder das Deutsch-Israelische Zukunftsforum.

In der „Stiftung Zukunft Berlin“ setzt sie sich als Schirmherrin des „Campus Rütli“ dafür ein, dass aus einer Schule mit schlechtem Ruf ein Bildungsprojekt mit

guten Aussichten auf neue Chancen wird. Sie radelt gerne zu ihren Terminen, erzählt Christina Rau. „17 Kilometer hin, 17 Kilometer zurück. Ich genieße das sehr, weil es mir einen besonderen Blick auf die Stadt erlaubt“. Und – siehe oben – auch so manche Ent-

U. W.

## Das vergessene KZ

Gedenkstätte Deutscher Widerstand zeigt Ausstellung zum Columbia-Haus

### AUSSTELLUNGSTIPP

Zweimal täglich pendelte ein Gefangenentransport zwischen dem Gestapo-Hauptquartier in der Prinz-Albrecht-Straße und dem Tempelhofer Feld und brachte Nazi-Gegner von einem Peiniger zum anderen. Mitten in Berlin befand sich eines der ersten Konzentrationslager des Hitler-Regimes. Eine Sonderausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand erinnert jetzt daran.

Zwischen 1933 und 1936 waren hier völlig rechtlos 8000 Menschen inhaftiert, Folterungen und Misshandlungen ausgesetzt. Wie viele hier den Tod fanden, ist unbekannt. Erst seit 1994 erinnert ein Denkmal an der Ecke Columbiadamm/Golßener Straße an den Ort des Grauens, allerdings auf der falschen Straßenseite. Ab Sommer 1933 nutzt die Gestapo die 1896 am Rande des Tempelhofer Feldes errichtete Militärstrafanstalt als Gefängnis für Nazi-Gegner. Der rote Backstein-Zellenblock, einst für rund 150 Gefangene errichtet, ist bereits nach wenigen Monaten mit mehr als 450 Gefangenen

überfüllt. Zu ihnen zählen der Jugendpfleger und spätere Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, der Gewerkschafter Hans Böckler, der Jurist und Publizist Kurt Hiller und der Kabarettist Werner Finck. Die Ausstellung zeigt an zahlreichen Porträts einen breiten Querschnitt der hier Inhaftierten. Es sind unter anderem Sozialdemokraten, Kommunisten, Gewerkschafter, Geistliche, Juden wie auch Homosexuelle. Anfang 1935 bekommt die Haftanstalt den offiziellen Titel „Konzentrationslager Columbia-Haus“ und wird der SS unterstellt. Mit dem Ausbau des Flughafens Tempelhof kommt Ende 1936 der Schlusspunkt für das KZ Columbia-Haus. Es wird 1938 abgerissen. Bis auf einen Wachmann bleiben die Peiniger des KZ nach 1945 unbehelligt. Kein Ruhmesblatt für die Justiz. G. L.

■ **Ausstellung in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand** in der Stauffenbergstraße, bis 11. Oktober 2013.

■ **Öffnungszeiten: Mo – Mi, Fr 9 – 18, Do 9 – 20, Sa und So 10 – 18 Uhr**



Denkmal am Columbiadamm.

Foto: Horb



# Gut zu wissen

Miete, Meinungsfreiheit, Ausbildungsbeginn, TV-Empfang



Satellitenschüsseln sind ab 2015 auch für den RTL-Empfang nötig.

Foto: Horb

**Mieterhöhung.** Mieterhöhungen, die innerhalb des ersten Jahres nach Vertragsabschluss eintreffen, sind unwirksam, wenn der Vermieter die Gründe für die Erhöhung bereits beim Vertragsabschluss kannte. Er verstoße

dann gegen die Verpflichtung zu Transparenz und Rücksichtnahme, urteilte das Amtsgericht Wedding.

**Meinungsfreiheit.** Die Abmahnung eines Vermieters gegen eine Mieterin in Prenzlauer Berg, die anlässlich eines

Aktionstags 2012 kurzzeitig an ihrem Balkon ein politisches Plakat aufgehängt hatte, ist vom Amtsgericht Mitte zurückgewiesen worden.

Ihr Plakat trug die Aufschrift „Erst wenn die letzte Eigentumswohnung gebaut,

der letzte Club abgerissen, der letzte Freiraum zerstört ist, werdet ihr feststellen, dass der Prenzlauer Berg das Kaff geworden ist, aus dem ihr einst geflohen seid.“ Zwar ist die Mieterin durch eine Eigenbedarfskündigung des Vermieters selbst Betroffene, sie habe aber ausdrücklich nicht die Person angegriffen, sondern die gesellschaftliche Entwicklung kritisiert. Dies müsse der Vermieter dulden.

**TV-Empfang.** Die Privatsender der RTL-Gruppe RTL, RTL 2, Super RTL und Vox verabschieden sich zum Ende des Jahres 2014 aus dem frei empfangbaren Antennenfernsehen DVB-T, das gut ein Fünftel der Berlinerinnen und Berliner nutzt. Ab 2015 werden diese Sender nur noch über Satellit, digitales Kabel oder Internet zu empfangen sein. Beim Kabelempfang fallen monatliche Gebühren von rund 20 Euro an, beim Internetfernsehen per DSL (Anbieter u.a. Telekom und Vodafone) rund 40 Euro. Die beim Satellitenempfang (einmalige Kosten für die Geräte rund 100 Euro) notwendige Schüssel kann und darf nicht überall angebracht werden. Statt

RTL werden in Berlin künftig voraussichtlich weitere Sender der Pro7-Sat1-Gruppe per Antenne empfangbar sein.

**Ausbildung und Rente.** Für alle, die jetzt eine Berufsausbildung anfangen, beginnt zugleich die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die Beiträge werden jeweils zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Auszubildenden getragen. Der Arbeitgeber zieht diese Beiträge vom Lohn ab und führt sie an die Versicherung ab.

Bei geringen Ausbildungsvergütungen bis 325 EUR monatlich zahlt der Arbeitgeber die Beiträge allein. Durch die Beitragszahlungen werden Entgeltpunkte erworben, die die Grundlage für die Berechnung der späteren Rente bilden. Außerdem werden die Monate mit Beiträgen bei der Ermittlung der Wartezeit berücksichtigt. Die Wartezeit entspricht einer Mindestversicherungszeit, die für den Anspruch auf Leistungen aus der gesetzlichen Rentenversicherung erfüllt sein muss. Berufseinsteiger, die wegen eines Arbeitsunfalls nicht mehr erwerbstätig sein können, brauchen nicht zu warten.

**Teilzeitausbildung.** Damit junge Eltern einen qualifizierten Berufsabschluss erlangen können, ist auch in der Berufsausbildung Teilzeit möglich. Bei diesem Ausbildungsmodell, das in allen dualen Ausbildungsberufen möglich ist, wird die wöchentliche Arbeitszeit im Betrieb in der Regel auf 75 % verkürzt, die Berufsschule besuchen die Auszubildenden in Vollzeit. Weitere Informationen unter [www.jobstarter.de/ausbildung-in-teilzeit](http://www.jobstarter.de/ausbildung-in-teilzeit)

**Pflegekosten.** Kinder müssen nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe ihre Ersparnisse nicht auflösen, um pflegebedürftige Eltern zu unterstützen. In einer Grundsatzentscheidung wurde jetzt festgestellt, dass eine selbst bewohnte Eigentumswohnung der Kinder nicht zum anrechenbaren Vermögen gezählt werden darf. Zudem bleiben Ersparnisse und Lebensversicherungen als eigene Altersvorsorge der Kinder unangetastet, wenn sie 5 % des Bruttogehalts pro Berufsjahr nicht übersteigen. Beim monatlichen Einkommen gilt ein Freibetrag von 1.600 Euro.

## Berliner Preisrätsel

**ZU GEWINNEN:** 3 Jahreskarten für die Staatlichen Museen zu Berlin

### WAAGERECHT

- 1 Bedienfläche
- 5 Stimmlage mit eigener Taste auf PC-Tastaturen
- 7 griechischer Gott
- 10 Mahlzeit fürs Vieh
- 11 Auftakt am Dirigentenpult
- 14 mit Barrieren versehen
- 16 kabelloses Internet
- 17 Verdopplung des Skatrisikos
- 18 den Geiern zum Fraß
- 20 Soest (Kfz-Kennzeichen)
- 21 im Übrigen das Übrige
- 22 Nummer für Ratlose

25 Nummer (Abk.)

- 28 portugiesische Inselgruppe mit eigenem Hoch
- 29 Kriechtier mit Schuppenkamm
- 31 Sanitärerjob
- 32 wenn Ehre, dann unbezahlt
- 33 Kleidungsstück für Damen
- 36 breitet sich in der gleichnamigen Ebene aus
- 37 wird am 22. September neu gewählt
- 39 Riesengedöhs
- 42 sie folgt oft aus Frage 40 senkrecht
- 43 Destilliergefäß

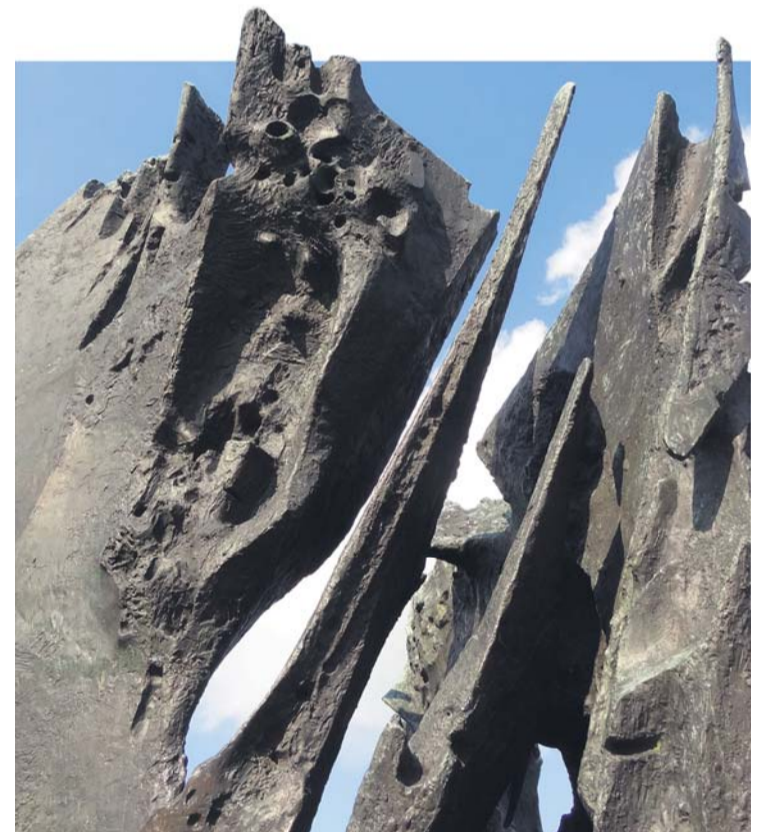
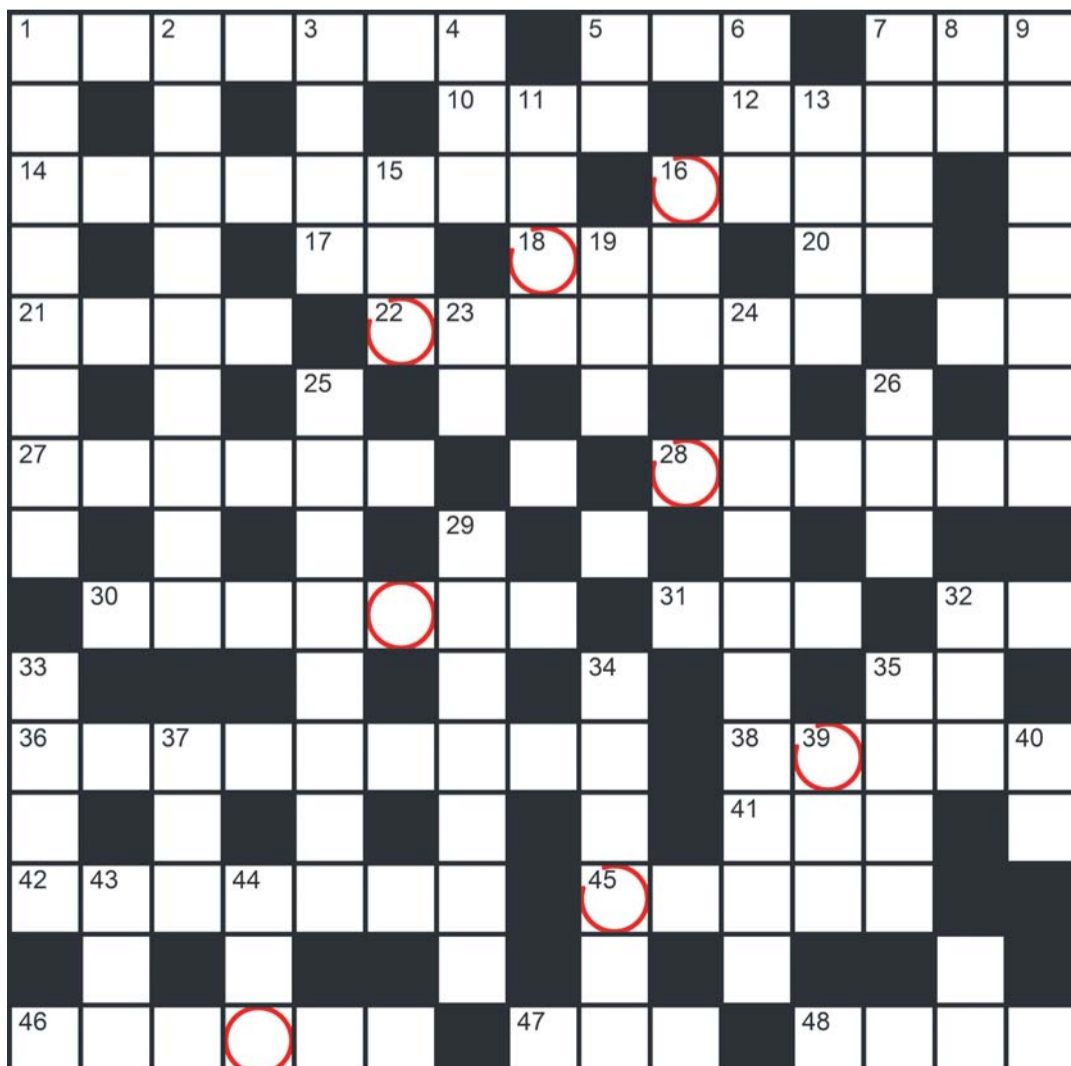
46 Los ohne Gewinn

- 48 Berliner Bundestagskandidatin
- 49 Adler für Klassiker
- 50 Berliner Bundestagskandidatin (Umlaut= 1 Buchstabe)

### SENKRECHT

- 1 Grauhai mit Sauglöchern
- 2 Grundlagenbereich
- 3 Fundstücke im Hühnerstall
- 4 quarz- oder unruhegesteuert
- 5 Flussniederung
- 6 zwischen den Bergen

- 7 dorthin gehen 7 Millionen Menschen einmal im Monat
- 8 im Ärmel illegal
- 9 Koalitionsvariante (Umlaut = 1 Buchstabe)
- 11 Staatsknete
- 13 Wasser rein, Blumen schön
- 15 kleiner Hirsch
- 16 Denkfabrik der DGB-Gewerkschaften
- 19 Bergweide
- 23 Strom in Westsibirien
- 24 Gewindefreie Verbindungstechnik
- 26 Ozean
- 27 bayerischer Junge
- 30 aufwärts geht's
- 33 chemisches Element
- 34 herrschaftliches Verhältniswort
- 35 ostafrikanischer Binnenstaat
- 36 Marlon Brandos größte Rolle
- 38 längliche, winklige Vertiefung
- 40 Tipp vom Kenner
- 41 Abk. f. Arbeitnehmer
- 44 baskische Separatistenbrigaden
- 45 Schillers Freudenlyrik, Beethovens Hymne
- 47 Aktiengesellschaft



## Bilderrätsel

**AN WEN ERINNERT DIESES DENKMAL?**

Es steht am Rande eines vielbefahrenen Platzes und erinnert an dessen Namensgeber, der im September vor sechzig Jahren verstorben ist. Beim Anblick des Denkmals fällt dem Betrachter der Satz des französischen Politikers Jean Jaurès wieder ein: „**Einer Tradition treu zu sein, heißt der Flamme treu zu sein und nicht der Asche.**“ **An wen erinnern Denkmal und Platz?**

Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen

Einsendungen zum Bilderrätsel fünf mal zwei Kombinationen für die beiden Ausstellungen „Die Mauer – das asi Panorama zum geteilten Berlin“ und die Ausstellung „BlackBox Kalter Krieg“, die beide bis zum Frühjahr 2014 am Checkpoint-Charlie zu sehen sind.

Einsendeschluss ist der 23. September 2013 (per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an [raetsel@berliner-stadtblatt.de](mailto:raetsel@berliner-stadtblatt.de)).

### RÄTSEL-LÖSUNGEN UNSERER AUSGABE JUNI 2013

Lösung des Kreuzworträtsels: **SONNENBRAND.** Bilderrätsel: Der Ausschnitt zeigte einen Teil des **MAHNMALS FÜR DIE OPFER DES ARBEITERAUFTANDS VOM 17. JUNI**

an der Wilhelmstraße.

Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt. Wir danken allen Leserinnen und Lesern für die Einsendungen.



# Pflegefall – und jetzt?

Pflegestützpunkte bieten kostenlose und neutrale Unterstützung und Beratung

**W**enn in einer Familie ein Pflegefall eintritt, so ist nicht nur die emotionale und körperliche Belastung für den zu Pflegenden und die pflegenden Personen groß. Auch eine Reihe organisatorischer und formaler Aufgaben warten dann – das kann viele schnell überfordern.

Zur Unterstützung bei allem, was neben der eigentlichen Pflegetätigkeit anfällt, gibt es deshalb in ganz Berlin – und auch in Tempelhof-Schöneberg – die **Pflegestützpunkte**.

Sie informieren und unterstützen Menschen jeden Alters und erleichtern den Angehörigen die Organisation der Versorgung des Pflegebedürftigen.

Die Pflegestützpunkte sind wohnortnahe Anlaufstellen, die kostenlos, neutral und unabhängig hilfe- und pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige zu allen Fragen rund um die Themen Pflege, Rehabilitation, soziale Teilhabe, Hilfs- und Unterstützungsmöglichkeiten im Bezirk, Selbsthilfe und Ehrenamt, Vorsorgeregelungen und Betreuungsangelegenheiten beraten.

Ratsuchende werden auch über die Möglichkeiten der Entlastung im Pflegealltag informiert. Im Bedarfsfall wird mit den Betroffenen ein individueller Versorgungsplan erstellt, mit dem Ziel, so zu unterstützen,



dass der Verbleib in der eigenen Wohnung so lange wie möglich erfolgen kann. Dazu gehört auch die Aufklärung über wohnortnahe Angebote der Tages- und Kurzzeitpflege. Wenn sich herausstellt, dass

die Pflege zu Hause nicht mehr möglich ist, wird gemeinsam besprochen, welche Einrichtungen der stationäre Pflege für den Betroffenen eine gute Lösung bieten. Pflegestützpunkte klären über

entsprechende Leistungen der Pflege- und Krankenkassen und zu Sozialleistungen des Staates auf und geben einen Überblick über sämtliche Hilfsangebote. Sie koordinieren die für die Versorgung im Einzelfall in Frage

kommenden Hilfen und unterstützen die Betroffenen bei deren Inanspruchnahme.

Ein besonderer Schwerpunkt ist das Thema »Wohnen im Alter« einschließlich der Möglichkeiten der Wohnungsanpassung.

Gemeinsamer Träger der Pflegestützpunkte in Berlin sind die Kranken- und Pflegekassen und das Land Berlin.

*DANIELA FRANZ*

**Hier finden Sie die Pflegestützpunkte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg:**

**Pallasstraße 25**  
10781 Berlin  
Telefon: 0800 265 080 26210  
Fax: 0800 265 080 26205  
psp\_pallasstrasse@nordost.aok.de

**Reinhardtstraße 7**  
12103 Berlin  
Fax: 030 - 75 50 70 50  
Pfleigestuetzpunkt.berlin@vdk.de

**Öffnungszeiten:**  
Dienstag 9.00 Uhr - 15.00 Uhr  
Donnerstag 12.00 Uhr - 18.00 Uhr  
sowie nach Vereinbarung

**Kostenfreie Rufnummer aller Berliner Pflegestützpunkte:**  
0800 59 500 59  
Montag bis Freitag  
9.00 Uhr - 18.00 Uhr

► [www.pfleigestuetzpunkteberlin.de](http://www.pfleigestuetzpunkteberlin.de)

## POLITISCHER ELTERN-KINDSTAMMTISCH

**Z**eit für Familie, Karriere und Politik? Ja! Alle interessierten Menschen sollen an der politischen Willensbildung teilnehmen können – im Alltag und im Wahlkampf, mit und ohne Kinder.

Politik soll nicht nur abends im Hinterzimmer der Kneipe gemacht werden, sondern dann, wenn Interessierte Zeit haben.

Die **SPD Schöneberg** lädt deshalb dazu ein, mit anderen Eltern ins Gespräch zu kommen und sich über Politik im Allgemeinen und Speziellen auszutauschen. Zum Beispiel über die Frage, was sich ändern muss, damit diejenigen, die Familie und Beruf gerne unter einen Hut bringen möchten, dies auch wirklich können.

Das Treffen findet **jeden Mittwoch von 10.00 bis 11.00 Uhr** im Café »Oro Nero« in der **Akazienstraße 10** in Schöneberg statt. Bringen Sie Ihren Nachwuchs bitte mit!

Bei Fragen wenden Sie sich bitte per E-Mail an Svenja Kraus: [svenjinka@googlemail.com](mailto:svenjinka@googlemail.com)

## FERNSEH-DUELL: SPD LÄDT EIN ZUM »PUBLIC VIEWING«

**Z**u den unzweifelhaften Höhepunkten eines Bundestagswahlkampfes gehört seit Jahren das so genannte Fernseh-Duell. Amtsinhaber und Herausforderer treten hier direkt gegeneinander an – und die Wählerinnen und Wähler können sich ein unmittelbares Bild von den Kandidaten machen.

In Wahljahr 2013 findet dieses Duell drei Wochen vor der Entscheidung statt – am **Sonntag, 1. September**.

90 Minuten lang werden dann die Amtsinhaberin und der SPD-Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** darüber streiten, welche die für unser Land und die Menschen bessere Politik ist.

Nun macht ein solches Duell am meisten Spaß, wenn man nicht allein vor dem Fernseher zu Hause sitzt, sondern sich den Schlagabtausch mit anderen gemeinsam ansieht.

Die **SPD Tempelhof-Schöneberg** lädt deshalb zum »Public Viewing« ein. Los geht es am **Sonntag, 1. September ab 19.30 Uhr** in der »ufa-Fabrik« (Café Olé).

Seien Sie dabei – die SPD freut sich auf Sie!

## BESSERER SCHUTZ FÜR MIETER

**D**er Berliner Senat verbessert den Kündigungsschutz für Mieter/innen bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen.

Der Senat hat den Kündigungsschutz für Mieterinnen und Mieter bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen auf zehn Jahre in ganz Berlin ausgedehnt. Die von Stadtentwicklungs- und Umweltsenator Michael Müller vorgelegte neue Kündigungsschutzklausel-Verordnung wurde jetzt erlassen. Damit wird der Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Verdrängung im Rahmen von Wohnungsumwandlungen deutlich verbessert.

## Jetzt geht's los

Umgestaltung des Breslauer Platzes beginnt

**M**itte August begannen die Bauarbeiten zur Umgestaltung des Breslauer Platz in Friedenau. Bis Ende kommenden Jahres soll der Platz zum lebendigen Mittelpunkt des Kiezes werden.

Es war eine kleine Aktion mit großer Symbolkraft: Mitte August fand der Erste Spatenstich zur Umgestaltung des Breslauer Platz in Friedenau statt. Das Herz des Friedenauer Kiezes soll ein neues Aussehen bekommen.

Spätestens Ende nächsten Jahres soll der Platz Raum für Begegnungen und den Wochenmarkt bieten.

In vier Bauabschnitten wird die Attraktivität gesteigert sowie die Nutzung durch die Marktbetreiber einfacher gemacht. Zusätzliche Bäume, Bänke, eine andere Beleuchtung und Granitpflaster sollen dem Platz ein neues Flair geben. Der Marktbetrieb wird während des Umbaus, wenn auch eingeschränkt, weitgehen. *MTH*



**BRESLAUER PLATZ** | Auf der Fläche vor dem Rathaus Friedenau beginnt nun der Umbau. FOTO: KEGEL

## EINLADUNG



CITY SCHÖNEBERG

**SPD**

## 40. FAMILIENFEST DER SPD CITY

**Wir laden ein zu:**

Spiele | Hüpfburg | Livemusik | Grill  
Kaffee | Kuchen | Trödel u.v.m.  
für die Großen und die Kleinen!

**Sonntag | 1. September | ab 15.00 Uhr**

Apostel-Paulus-Straße | am Wartburgplatz | „DIE WEISSE ROSE“



## SPD WIEDER MITGLIEDERSTÄRKSTE PARTEI

Die SPD ist wieder die mitgliederstärkste Partei in Deutschland.

Mit 472.469 Mitgliedern lag sie Ende Juni vor der CDU, die zum gleichen Zeitpunkt 469.575 Mitglieder zählte. Das teilten die Bundesgeschäftsstellen der Parteien auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa mit. Beide Parteien liefern sich seit einigen Jahren ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den »Titel«, mitgliederstärkste Partei zu sein.

## 500.000 FEIERTEN 150 JAHRE SPD

Was für ein Fest! Am 17. und 18. August feierten 500.000 Menschen auf der Straße des 17. Juni den 150. Geburtstag der SPD. Bei Sonnenschein und guter Laune gab es Konzerte von Nena, Dick Brave, den Prinzen und Konstantin Wecker – und eine umjubelte Rede von Kanzlerkandidat Peer Steinbrück vor dem Brandenburger Tor.

„Am 22. September ist Bundestagswahl und ich will Bundeskanzler werden – um mit Leidenschaft, Verantwortungsbereitschaft und mit Augenmaß Politik zu machen – und mit Klartext!“, so Peer Steinbrück.

Auf der ein Kilometer langen Festmeile gabe es ein umfangreiches Festprogramm mit 700 Künstlerinnen und Künstler auf vier Bühnen.

# Gut vorbereitet

## Berliner Aktionsplan für Roma

VON DILEK KOLAT

Ab 1. Januar gilt auch in Deutschland die volle Arbeitnehmer-Freizügigkeit für Bulgarien und Rumänien. Bereits jetzt leben in Berlin etwa 25.000 Roma. Als erstes Bundesland hat der Senat im Juli den »Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma« beschlossen, um die Probleme der Zuzügler in den Bereichen Gesundheit, Wohnen und insbesondere Bildung zu lösen – und damit das drohende Armutrisiko zu verringern.

Viele der in Berlin lebenden Roma sind aus größter Not und Verfolgung in ihren Heimatländern nach Deutschland gekommen. Doch auch hier sind sie der Gefahr ausgesetzt, von skrupellosen Vermietern, Arbeitgebern oder Menschenhändlern ausgebeutet zu werden. Erschwerend kommt hinzu, dass fast ein Drittel der Bevölkerung der Aussage zustimmt, die Roma „sollten aus den Innenstädten verbannt“ werden. 44% finden sogar, dass Roma „zu Kriminalität neigen“.

Das zeigt, wie sehr bis heute die Vorurteile gegen die größte Minderheit mit bis zu 12 Millionen Angehörigen bestehen, die seit 600 Jahren verfolgt wird. An die dunkelste Zeit dieser Verfolgung erinnert das in unmittelbarer Nähe zum Bundestag erbaute Denkmal für die hun-

dertausenden Sinti und Roma, die von den Nazis ermordet wurden.

### Lösungen statt Sprüche

Die harten „law-and-order“-Sprüche von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich sind völlig inakzeptabel. Er fordert, die europäischen Grenzen für diese Zuwanderer wieder zu schließen und widerspricht damit sogar geltendem Recht.

Was wir brauchen, sind pragmatische Lösungen – also Kitas und Schulunterricht für möglichst schnellen Spracherwerb; ausreichende Gesundheitsversorgung und vor allem Arbeit für die Jugendlichen und ihre Eltern.

### Der Aktionsplan

Gemeinsam mit Vereinen, Sozialverbänden und den zuständigen Senatsverwaltungen haben wir dafür den Aktionsplan erarbeitet: Neben Sprach- und Lernangeboten wird die Bildungsverwaltung z.B. neue Angebote für Ferienschulen entwickeln und die Jugendsozialarbeit auf Roma-Jugendliche abstimmen. Im Rahmen unserer bestehenden Landesprogramme erhalten diese außerdem eine Berufsorientierung und damit die Chance für einen Ausbildungsplatz.

Um Schutzimpfungen für Kinder, Präventionsangebote und die Unterstützung bei Schwan-

gerschaft kümmert sich die Gesundheitsverwaltung, denn auch nicht krankenversicherte Roma brauchen eine Grundversorgung.

Mit allen rechtlichen Möglichkeiten werden wir gegen unseriöse Vermieter vorgehen.

Die Angebote zur Selbsthilfe und Selbstorganisation werden ausgebaut – mit kiezorientierter Sozialarbeit, einer mobilen Anlaufstelle und aufsuchender Familienarbeit.

Wir wollen allen Berlinerinnen und Berlinern unabhängig von Herkunft und Vermögen ein menschenwürdiges Leben mit Perspektive ermöglichen – das gilt auch für Einwanderer aus Europa oder Flüchtlinge, die bei uns Schutz suchen.

Unterstützung findet unser Aktionsplan auch in Brüssel, während die Bundesregierung weiterhin die Herausforderungen der EU-Freizügigkeit ignoriert!



Dilek Kolat ist Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen

# Eine Brücke nach Paris

Große städtebauliche Herausforderungen – das ist die Gemeinsamkeit, die das 17. Arrondissement in Paris mit dem Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg teilt.

War es hier der ehemalige Flughafen, der seiner städteplanerischen Entwicklung harrt, ist es dort der frühere Güterbahnhof im Nordwesten der französischen Hauptstadt. Beides sind Infrastrukturbrachen, die Chancen und Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Batignolles-Monceau, wie das Arrondissement heißt, und Tempelhof-Schöneberg bietet. In Paris nutzte man die Bewerbung um die Olympischen Spielen 2012, die letztendlich an London vergeben wurden, um einen städtebaulichen Akzent im Nordwesten der Stadt zu setzen. Selbst als die Bewerbung scheiterte, blieb der Masterplan zur Entwicklung der Branche bestehen.

Über den Fortgang des Projekts informierten sich Ende Mai SPD-Mitglieder aus Tempelhof-Schöneberg, die seit fünf Jahren eine Partnerschaft mit der Sektion des 17. Arrondissements der Parti Socialiste unterhält, der französischen Schwesterpartei der SPD. „Wir informieren uns jedes Jahr über den Stand der Dinge“, fasst Michael Radeloff zusammen, „die Erfahrungen, die in Paris gesammelt

werden, sind auch für uns in Berlin wertvoll, wenn es etwa um bezahlbaren Wohnraum in solchen Maßnahmen geht.“

Neben der Lokalpolitik ist die deutsch-französische Partnerschaft ein deutliches Zeichen für die europäische Zusammenarbeit über nationale Grenzen und Interessen hinweg. „Wem das Thema Europa am Herzen liegt“, erzählt Radeloff, der auf deutscher Seite die Partnerschaft koordiniert, „wird in solchen Begegnungen immer wieder bestärkt, dass die europäische Einigung ein Geschenk ist, zu dem wir aber jeden Tag aufs Neue beitragen müssen.“ So stand in diesem Jahr auch ein Kongress auf dem Programm, während dessen man sich auf ein gemeinsames Eckpunkte-Papier für die Europawahl im kommenden Jahr verständigte. Es zeigte sich dabei, dass vor allem durch den persönlichen Kontakt die Vision Europa greifbar werde.

Am zweiten Septemberwochenende findet der Gegenbesuch der Genossinnen und Genossen aus Paris in Berlin statt. Die *Pont Rouge*, „rote Brücke“, wie sich das Partnerschaftsprogramm offiziell nennt, steht auch Interessierten offen, die Interesse an der deutsch-französischen Zusammenarbeit haben und kein Mitglied der SPD sind. MTH

## TS aktuell

ZEITUNG FÜR TEMPELHOF-SCHÖNEBERG

### Herausgeber

SPD Tempelhof-Schöneberg  
Hauptstraße 100 · 10827 Berlin  
Tel. 030 / 781 22 83  
Fax 030 / 78 00 12 17  
Mail: redaktion@TSaktuell.de

V.i.S.d.P.: Dilek Kolat

Auflage: 30.000

### Redaktion dieser Ausgabe

Hans G. Kegel · Eva Liebchen  
Manuela Harling · Harald Rossa  
Martin Theobald · Hannelore Herlan  
Frank Zimmermann · Ingo Siebert  
Melanie Kühnemann

### Mitarbeit an dieser Ausgabe

Axel Seltz · Mechthild Rawert  
Angelika Schöttler · Daniela Franz

Satz und Layout · Hans G. Kegel  
Druck · Henke Pressedruck, Berlin

### Fotos

© stockyimages / fotolia.com (S. 2)  
© apops / fotolia.com (S. 2)  
© Sandor Kacso / fotolia.com (S. 9)

TS aktuell wird kostenlos in Tempelhof-Schöneberg verteilt.

www.TSaktuell.de

www.facebook.com/TSaktuell

## Berliner Stadtblatt

### Herausgeber

SPD Landesverband Berlin  
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin

### Chefredakteur

Mark Rackles (V.i.S.d.P.)

### Redaktion

Ulrich Horb (CvD) · Gunter Lange  
Ulrich Rosenbaum · Josephine Steffen

### Anschrift

Berliner Stadtblatt  
Müllerstr. 163 · 13353 Berlin  
Mail: info@berliner-stadtblatt.de  
Internet: www.berliner-stadtblatt.de

### Anzeigen

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH · anzeigen@vorwaerts.de

# Doppelt hält besser

## Doppelte Staatsbürgerschaft gehört längst zur Realität in Deutschland

VON ORKAN ÖZDEMİR

Ein in Deutschland geborenes Kind ausländischer Eltern erhält automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit neben der Staatsangehörigkeit der Eltern, wenn sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhält. Das Kind muss sich jedoch mit Eintritt der Volljährigkeit entweder für die Staatsangehörigkeit seiner Eltern bzw. eines Elternteils oder für das Land, in dem es geboren wurde, entscheiden. Fällt bis zum 23. Lebensjahr

keine Entscheidung, wird die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch aberkannt.

Diese in Deutschland geltende »Optionsregelung« ist irritierend und willkürlich. Sie wird der Realität einer Einwanderungsgesellschaft nicht gerecht. Das müssen auch Angela Merkel und ihre zuständigen Minister akzeptieren.

### Regelungen sind nicht nachvollziehbar

Kaum nachvollziehbare Ausnahmeregelungen vom »Op-

tionszwang« gibt es für Jugendliche aus EU-Staaten und weiteren Nicht-EU-Ländern. Das erhöht die Irritation und folglich auch die Verunsicherung von hier geborenen und aufgewachsenen Menschen, die Opfer staatlicher Willkür und faktischer Ausgrenzung werden.

Die meisten in Deutschland geborenen türkeistämmigen Jugendlichen haben Verwandte und Freunde in der Türkei. Sie empfinden die »Zwangsregelung«, die von ihnen ein eindeutiges Bekenntnis fordert, als Misstrauen gegenüber ihrem

heimatlichen Empfinden zu ihrem Geburtsland Deutschland. Sie fragen mit Recht, wo der Unterschied ist zwischen einem Israeli, Iraner, Spanier und/oder Türken? Warum gilt »entweder oder« – und nicht »sowohl als auch«?

Gesetze und Normen führen nicht automatisch dazu, dass ein Land als Heimat empfunden wird. Eine moderne und zukunftsfähige Einwanderungsgesellschaft bedeutet Akzeptanz kultureller Unterschiede.

Welche Zeichen setzen wir, wenn wir Menschen letztend-

lich nach Nationalität bewerten? Wir können die nachfolgenden Generationen mit Migrationshintergrund nur dann für diese Gesellschaft gewinnen, wenn wir sie nicht nach ihrer Herkunft sortieren. Die Frage ist nicht, ob sie irgendwann »deutsch« werden, sondern Teil unserer Gesellschaft.



Orkan Özdemir ist Vorsitzender der »AG Migration und Vielfalt« in der SPD Tempelhof-Schöneberg

## WIR ALLE ENTSCHEIDEN



„Wir sind gerade in die Partei eingetreten – denn wir wollen gleiche Bildungschancen für alle und ein kostenfreies Studium.“

Von uns als Erstwählerinnen bekommt deshalb die SPD unsere Stimmen.“

HANNAH SIEGFRIED AUS SCHÖNEBERG  
MILENA BARON AUS SCHÖNEBERG

FOTO: PRIVAT



**WIR IM KIEZ**

**DIE SPD BERLIN IM DIALOG.**

FÜR FAIRE MIETEN    FÜR GLEICHE CHANCEN    FÜR FAIRE LÖHNE

**PALLASSTRAÙE** ECKE POTSDAMER STRAÙE  
**7. SEPTEMBER, AB 16 UHR**

Besuchen Sie unser buntes Straßenfest für **TOLERANZ UND VIELFALT.** Mit Aktionen und Attraktionen für Kinder, Musik und Gesprächen.

... mit vielen SozialdemokratInnen, darunter:

**Mechthild Rawert,**  
Ihre SPD-Bundestagskandidatin in Tempelhof-Schöneberg

**Jan Stöß,** Vorsitzender der SPD Berlin

**Dilek Kolat,** Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen

**KOMMEN SIE UND REDEN SIE MIT UNS ÜBER POLITIK. WIR WOLLEN WISSEN, WAS SIE BEWEGT UND HÖREN ZU!\***

[www.spd-berlin.de](http://www.spd-berlin.de)

\* Bitte nicht vergessen: Bringen Sie Ihre Nachbarn mit.



# Familien und Kinder stärken

**H**U.G.O. e.V. ist ein in unserem Bezirk tätiger freier Träger der ambulanten Erziehungshilfe, der Kinder, Jugendliche und ihre Familien bei der Erziehung unterstützt, wenn z. B. Eltern damit überfordert sind, Vernachlässigung oder Gewalt droht, Kinder misshandelt oder missbraucht werden, aber auch bei Integrationsproblemen, Verweigerung des Schulbesuchs und Ähnlichem.

Gemeinsam mit denen, die Hilfe suchen, versucht ein Team von Sozialarbeiter(inne)n, Pädagog(inn)en und Psycholog(inn)en, die individuellen und familiären Schwierigkeiten zu erkennen und Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenssituation zu erarbeiten.

### Hilfe zur Selbstständigkeit

Ziel ist es, für einzelne Personen oder Familien Rahmen zu schaffen, in denen sie selbstständig mit ihren Problemen umgehen oder sich rechtzeitig Hilfe suchen können.

Auf Grund unterschiedlicher kultureller und sprachlicher Kenntnisse können die Fachkräfte des engagierten multi-kulturellen Teams auch in Familien nicht-deutscher Herkunft eingesetzt werden. „Man spricht Türkisch, Serbokroatisch, Arabisch, Spanisch, Englisch und Französisch“.

Weitere Schwerpunkte der Arbeit sind z. B. auch Familien mit psychisch kranken oder drogenabhängigen Eltern, Geschwister behinderter Kinder, traumatisierte Flüchtlinge aus dem serbokroatischen Sprachraum sowie mit gesundheitlich besonders belasteten Kindern, die an Diabetes, Übergewicht oder an Essstörungen leiden.

### Gute Vernetzung als Basis

Grundlage für die Arbeit von H.U.G.O. e.V. ist die gute Vernetzung und Kooperation im und mit dem Bezirk. Dazu gehört in erster Linie die Schulsozialarbeit mit den Schulen, speziell in Friedenau, aber z. B. auch die gute Zusammenarbeit mit dem Projekt »Wundertüte« der Arbeiterwohlfahrt, deren kooperatives Mitglied der Verein ist. Die »Wundertüte« kümmert sich um die Beschaffung fehlenden Schulmaterials für benachteiligte Kinder.

All das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus der vielfältigen Arbeit des Vereins. Der Träger wird in erster Linie über das bezirkliche Jugendamt finanziert.

EVA LIEBCHEN

**H.U.G.O. e.V. – Verein für ambulante Erziehungshilfen**  
 Geschäftsstelle IsoldestraÙe 10  
 12159 Berlin-Friedenau  
 Telefon 030-85 07 82 59  
 ▶ [www.hugoev.de](http://www.hugoev.de)

## SPRECHSTUNDEN

Die SPD-Abgeordneten aus Tempelhof-Schöneberg freuen sich auf ein Gespräch:

### ABGEORDNETENHAUS

**Dilek Kolat (Mda, Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen) Friedenau**

Termine bitte erfragen!  
 Luise & Karl-Kautsky-Haus, Saarstraße 14, 12161 Berlin  
 Bitte anmelden: 0170-241 35 13 oder [m.reichardt@gmx.de](mailto:m.reichardt@gmx.de)  
 ▶ [www.dilek-kolat.com](http://www.dilek-kolat.com)

**Frank Zimmermann (Mda) Mariendorf**

Mo., 9. September 2013, 17-18 Uhr  
 Mo., 14. Oktober 2013, 17-18 Uhr  
 im Büro der Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert, Friedrich-Wilhelm-StraÙe 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.)  
 ▶ [www.frank-zimmermann.net](http://www.frank-zimmermann.net)

**Lars Oberg (Mda) Schöneberg**

Jeden Montag 16.00-17.00 Uhr im Wahlkreisbüro in der Hauptstr. 8, 10827 Berlin (nahe U-Bhf. Kleistpark).  
 ▶ [www.lars-oberg.de](http://www.lars-oberg.de)

### BUNDESTAG

**Mechthild Rawert (MdB)**  
 Während des Wahlkampfes treffen Sie Mechthild Rawert bei vielen Vor-Ort-Terminen (Übersicht auf der Webseite)

Adresse des Wahlkreisbüros:  
 Friedrich-Wilhelm-Str. 86, 12099 Berlin-Tempelhof (nahe U-Bhf. Kaiserin-Augusta-Str.),  
 Telefon: 030 - 720 13 884  
 ▶ [www.mechthild-rawert.de](http://www.mechthild-rawert.de)

## MELDUNGEN · TIPPS · TERMINE

### KIEZSPAZIERGÄNGE

Die Bezirksbürgermeisterin von Tempelhof-Schöneberg, **Angelika Schöttler**, lädt alle Bürgerinnen und Bürger zu weiteren Kiezspaziergängen durch markante Ort des Bezirks ein.

Am **Samstag, 21. September 2013, von 14.00 - 16.00 Uhr** geht es zunächst durch **Mariendorf**. Treffpunkt ist die Ecke Mariendorfer Damm / Kruckenbergstraße. Der Rundgang endet am Volkspark Mariendorf.

Am **Samstag, 19. Oktober 2013, von 14.00 - 16.00 Uhr** wird dann das Gebiet rund um das **Kammergericht im Kleistpark** erkundet. Treffpunkt: Eingang zum Kleistpark / Potsdamer Str.

### VERABSCHIEDUNG

Wechsel in der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg: **Elke Ahlhoff**, seit zwölf Jahren Mitglied der BVV und seit sieben Jahren Fraktionsvorsitzende, verabschiedete sich Mitte August aus persönlichen Gründen von dieser politischen Arbeit.

Die SPD-Fraktion dankt Elke Ahlhoff für ihre herausragende politische Arbeit und für ihr persönliches und politisches Engagement.

Nachfolger im Amt des Fraktionsvorsitzenden ist **Jan Rauchfuß**. Nachrücken wird in die BVV-Fraktion **Paul Sokoll**.

### HILFE FÜR SCHÜLER

Das neue Schuljahr hat gerade begonnen – da rücken auch wieder die Probleme in den Mittelpunkt, die manche Schülerinnen und Schüler haben.

Für alle Kinder ab der 3. Klasse, die Unterstützung beim Verstehen des Unterrichtsstoffs brauchen, bietet die **Mittelpunktbibliothek Schöneberg** deshalb eine **kostenlose Hausaufgabenhilfe** in Deutsch, Englisch und Mathematik an.

Die Termine sind am **2.9., 9.9., 11.9., 16.9., 18.9., 23.9.** und am **25.9.2013 von 17.00 - 19.00 Uhr**.

Die Bibliothek befindet sich in der Hauptstraße 40 (neben dem Stadtbad) in Schöneberg.

## WIR ALLE ENTSCHEIDEN



**„Ich wähle SPD, weil ich Politik für Menschen möchte und nicht für die Interessen einiger Unternehmen!“**

**ANDREA KRISZIO AUS LICHTENRADE**

FOTO: PRIVAT

# Hospiz in Tempelhof



VIVANTES HOSPIZ | Betreuung in ruhiger Umgebung

FOTO: ROSSA

**I**m November 2012 nahm das **Vivantes Hospiz in Tempelhof** seine Arbeit auf. Dies ist das erste Hospiz eines kommunalen Krankenhausträgers in Deutschland.

Es befindet sich in einem nahezu hundert Jahre alten denkmalgeschützten Ziegelbau auf dem parkartigen Gelände des Wenckebach Klinikums. Nur wenige Schritte ist es vom belebten Tempelhofer Damm entfernt und liegt doch ruhig in grüner Umgebung.

### Funktionale Einrichtung mit künstlerischer Gestaltung

Verteilt auf zwei Etagen bietet das Hospiz Platz für 16 Patienten in sehr geräumigen und hellen Einzelzimmern mit eigenem Bad. Sie erleichtern den Pflegekräften ihre schwere Ar-

beit und wirken dennoch wohnlich. In vielen Zimmern gibt es auch ein Schlafsofa. Auf dem können gegebenenfalls Angehörige oder Freunde der Patienten übernachten.

Daneben gibt es drei Besucherzimmer, einen Speiseraum und einen Aufenthaltsraum mit Terrasse oder Balkon.

Zum Speisesaal gehören zwei Küchen. In einem Teil bereitet das Personal die Speisen für die Patienten zu. Im zweiten Küchenbereich können Patienten sowie deren Angehörige Speisen selber zubereiten.

Der Künstler Anton Henning unterstützte das Hospiz bei der Ausstattung der Räume. Er entwarf das Farbkonzept des Hauses und gestaltete die Lounge im 1. Obergeschoss sowie den Licht-

raum im 2. Obergeschoss mit farbigen Fenstern.

Wie jedes Hospiz in Deutschland muss auch diese Einrichtung mindestens 10 Prozent der Kosten durch Spenden decken.

Daher freut sich auch dieses Haus über jede Unterstützung durch Spenden oder ehrenamtliche Mitarbeit.

HARALD ROSSA

### Weitere Informationen zum Vivantes Hospiz:

▶ [www.vivantes-hospiz.de](http://www.vivantes-hospiz.de)  
 ▶ Telefon 030 - 130 19 1200

Spenden an das Hospiz bitte auf folgendes Konto:

**Vivantes Hospiz gGmbH**  
 Helaba / BLZ 300 500 00  
 Kto.-Nr. 178 30 18  
 BIC: WELADED  
 IBAN: DE87 3005 0000 0001 7830 18



# August Bebels Spuren in Schöneberg

VON EVA LIEBCHEN

Am 19. September 1890 bezieht August Bebel, der 1869 gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet hatte, mit seiner Familie eine Wohnung in der Großgörschenstraße 22a in Schöneberg, nachdem er erkannt hatte, dass Leipzig und andere sächsische Städte ihre Bedeutung als politische Zentralplätze verloren hatten.

Die Stellung der Partei, so Bebel, „zwingt, dass sie dort ihren Sitz und ihre Leitung hat, von wo das politische Leben in Deutschland ausgeht und alle Fäden zusammenlaufen. Alle Lebensäußerungen der Parteileitung sind in Berlin mindestens 24 Stunden früher möglich als an jedem anderen Orte“.

Schöneberg – zu der Zeit noch eigenständige Gemeinde – gilt unter den Berlinern und den Zugezogenen als eine »feine Adresse«, Berlin W. So versucht August Bebel in einem Brief an Natalie Liebknecht, Frau von Wilhelm Liebknecht, diese auch zu einem Umzug nach Berlin zu bewegen und schildert in leuchtenden Farben den Berliner Westen: „Allein auf der Straße, große Gärten, Wald und Parks binnen weniger Minuten zu erreichen. Gerade der Westen, wo die gesamte Bourgeoisie, die Be-

amten und die Offizierswelt wohnen, ist in allem, was Sie zu vermissen glauben, reichlich ausgestattet. Das versteht sich in einer Stadt wie Berlin auch ganz von selbst; die reichen und wohlhabenden Leute haben doch auch Bedürfnisse, und welche!“

Als Bebel – 50-jährig – 1890 nach Schöneberg zieht, hat er die spektakulärsten Jahre seiner politischen Laufbahn bereits hinter sich. Nach vierjährigem

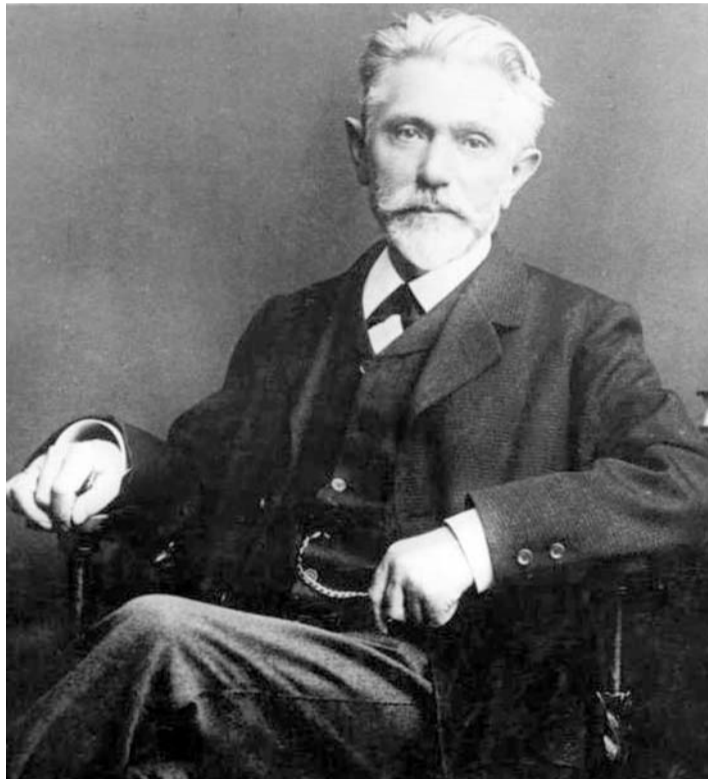
Verbot spricht Bebel das erste Mal wieder auf einer öffentlichen Versammlung in Berlin und erläutert das Wahlprogramm der Sozialistischen Arbeiterpartei. Bei der Wahl zum Deutschen Reichstag siegt er im 1. Hamburger Wahlkreis. Das Sozialistengesetz wird nicht verlängert. Dass die Sozialistische Arbeiterpartei aus den Wahlen als stärkste Partei hervorgeht, findet in der internationalen Arbeiterbewegung große Beachtung. Bebel und Wilhelm

Liebknecht erhalten Glückwunschtelegramme aus aller Welt.

1903 zieht Bebel für die letzten 10 Jahre seines Lebens von der Großgörschen- in die Hauptstr. 97, direkt am Innsbrucker Platz. Hier entsteht sein populärstes Werk, seine Biografie »Aus meinem Leben«, veröffentlicht 1910, die er auf Wunsch vieler Parteigenossen geschrieben hat. Es war aber auch sein eigener Wunsch, falsche Anklagen und ungerechte Urteile richtig zu stellen. Er war wohl auch ein bisschen eitel und um seinen Ruf nach seinem Tod besorgt, was ihm auch vorgeworfen wurde. Er liebte seine Wohnung in der Hauptstraße, auch besonders wegen der Nähe zur Familie Kautsky, zu Rosa Luxemburg und anderen Genossen, zu denen es immer – auch bei unterschiedlichen politischen Meinungen – einen gesellschaftlichen, ja freundschaftlichen Kontakt gab.

Er stirbt am 13. August 1913 nach langer Krankheit während einer Kur in der Schweiz, wo er auch beerdigt wird. Die nationale und internationale Presse würdigte ihn als den Repräsentanten der deutschen Arbeiterbewegung, die in seinem Todesjahr mit 980.000 Mitgliedern die stärkste Wählerpartei im Deutschen Reich war.

EVA LIEBCHEN



## Stärkung des Kreativ- und Medienstandorts Schöneberg

Die »Hochschule der populären Künste« zieht an den Kleistpark

Fünf Jahre ist es nun her, dass die Berliner Verkehrsbetriebe ihre ehemalige Hauptverwaltung am Kleistpark verlassen haben. Seitdem war Leerstand angesagt. Doch jetzt zieht wieder Leben in das Gebäude. Die bisher in Charlottenburg ansässige Hochschule der populären Künste (hdpk) zieht in den nächsten Wochen in die beiden oberen Etagen ein.

Die staatlich anerkannte hdpk bietet mit ihrem Profil eine perspektivenreiche und spannende Antwort auf die vielfältigen inhaltlichen und personellen Anforderungen der Kreativwirtschaft. In den acht angebotenen Bachelor-Studiengängen werden die Profis von morgen durch die Profis von heute optimal auf ihre Karriere vorbereitet und lernen ihre Ideen gestalterisch, technisch und wirtschaftlich erfolgreich umzusetzen.

Kleine Klassen, Dozierende aus der Praxis und eine State-of-the-Art-Ausstattung in Ton- und Fotostudios sowie an digitalen Arbeitsplätzen garantieren professionelle Arbeitsbedingungen und eine hohe Praxisnähe. Der ständige Austausch mit wichtigen Akteuren aus der Kreativbranche stellt sicher, dass die Studieninhalte stets relevant und an dem sich wandelnden Arbeitsmarkt orientiert bleiben. Die hdpk setzt auch auf eine enge Vernetzung mit der Musik- und Medienszene in Berlin.



NEUER HOCHSCHUL-STANDORT | Die Umbauarbeiten für die hdpk sind in vollem Gange

FOTO: KEGEL

Marcus Adam, Geschäftsführer der hdpk, weiß um die kulturelle Bedeutung des Standorts: „Seit jeher war Schöneberg ein Ort, an dem sich Denker und Künstler wohl fühlten: Albert Einstein, Helmut Newton, Hildegard Knef oder Marlene Dietrich – um nur einige zu nennen. Auch popkulturell war Schöneberg schon immer Dreh- und Angelpunkt des bunten Berlins und einer aufstrebenden Bundesrepublik: In den 1970er-Jahren machten David Bowie und Iggy Pop den Kiez unsicher, in den Achtzigern kamen sich Blixa Bargeld und Nick Cave näher, und in den Neunzigern wurde die Idee zur Loveparade in Schöneberg geboren.“

Aber nicht nur Kunst und Musik, auch die Medien sind in Schöneberg von jeher zu Hause:

Hier sendete der RIAS als einer der ersten Sender im Nachkriegs-Berlin, und über 60 Jahre später schicken Deutschlandradio Kultur oder Günther Jauch ihre Informationen aus Schöneberg in die Republik.

Auch das Thema Bildung ist in Schöneberg schon immer beheimatet: Der Mitte des 19. Jahrhunderts gegründete Lettische Verein setzte sich schon früh für die Gleichstellung und Ausbildung von Frauen ein und betreibt bis heute eine Design-Fachschule. Ganz besonders freuen wir uns jedoch auf unsere neuen Nachbarn von der Universität der Künste.

Für unsere Hochschule, die sich den populären Künsten in den Bereichen Musik und Design, aber auch dem Manage-

ment von Medien verpflichtet fühlt, ist Schöneberg also ein perfekter, weil gewachsener Standort.“

Und auch Prof. Robert Lingnau, stellvertretender Rektor der hdpk, freut sich auf den Umzug in das neue Domizil: „Der neue Kiez verspricht durch seine gewachsene popkulturelle Landschaft und Nähe zu vielfältigen musik- und medienaffinen Orten eine gute Einbettung in das ideenreiche Geschehen der Stadt. Mit seinen Kreativschaffenden steht Schöneberg für eine gelungene Verknüpfung aus werkbezogener und publikumsgeneigter Kunst, wie wir sie auch an der hdpk pflegen.“

► [www.hdpk.de](http://www.hdpk.de)

### THEATER-TIPP

## »Kleines Theater« feiert Jubiläum



SZENE AUS »DAS FLIEHENDE PFERD«

FOTO: JÖRN HARTMANN

Seit Jahrzehnten ist es aus dem Kulturbetrieb im Bezirk und in Berlin nicht mehr wegzudenken – das »Kleine Theater« am Südwestkorso 64. In diesem Jahre feiert das Theater seine 40. Spielzeit.

„Wir sind stolz, dass wir in den Wirren besonders der letzten Jahre durchgehalten haben, und das Publikum uns die Treue bewahrt hat.“, freut sich Dagmar Mammitzsch, die Pressesprecherin des Theaters.

Am Freitag, 30. August wird die Jubiläums-Spielzeit »40 Jahre Kleines Theater« eröffnet – mit einer Berliner Erstaufführung: »Ein fliehendes Pferd« heißt das Stück nach einer Novelle von Martin Walser von 1977. Das Buch gehörte

zu den Bestsellern der letzten Jahrzehnte und zum meistgelesenen Werk Martin Walsers, mit einer Gesamtauflage von über 1 Million Exemplaren in 26 Sprachen. Marcel Reich-Ranicki nannte es ein „Glanzstück dieser Jahre, Walsers schönstes Buch“.

### Ein fliehendes Pferd

Mitarbeit: Ulrich Khuon

Regie: Karin Bares

Ausstattung: Dietrich von Grebmer

Mit: Doris Prilop, Bärbel Stolz,

Marcus Off, Otto Strecker

Premiere: 30. August, 20.00 Uhr

Weitere Aufführungen:

31. August - 13., 14. September

jeweils um 20.00 Uhr

15. September um 18.00 Uhr

► [www.kleines-theater.de](http://www.kleines-theater.de)

## Berlin fördert Popmusik mit »Musicboard«

Berlin ist die Musikstadt Nr. 1 in Deutschland und kann sich neben London auch europaweit sehen lassen. Jetzt wird die Musik in der Kulturmetropole Berlin noch ein bisschen bedeutender: Anfang 2013 hat der Senat das »Musicboard« gegründet, inzwischen läuft der Betrieb am Spreeufer in Mitte.

Musicboard-Chefin Katja Lucker: „Wir wollen die Popmusikszene der Stadt unterstützen und ihre kulturelle und wirtschaftliche Strahlkraft stärken. Mit dem »Musicboard« haben wir die Chance, Musikförderung neu zu denken.“

### Nachwuchs wird gefördert

Mit einer Million Euro jährlich soll der Popmusiknachwuchs gefördert werden, u.a. durch Vermittlung in die Musikwirtschaft – vom Studio bis zum Manager – und Hilfen bei der

nationalen und internationalen Vermarktung. Das »Musicboard« soll helfen, Proberäume und Auftrittsmöglichkeiten zu finden, die Musikinfrastruktur in Berlin zu verbessern.

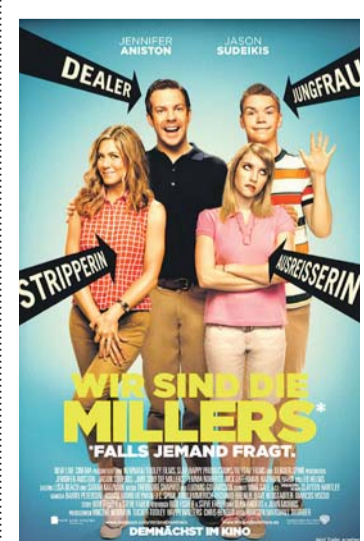
Dazu arbeiten Katja Lucker und ihre Leute eng mit den Berliner Musikunternehmen, Clubs und Musiknetzwerken zusammen.

Das »Musicboard« will aber auch neue Denk- und Verhaltensweisen in Gang setzen, um Kulturräume gemeinsam mit den Musik-Akteuren zu gestalten. Die ersten geförderten Projekte starten in diesem Sommer.

Die bundesweit einzigartige Einrichtung setzt auf die Mitarbeit und innovative Kraft der Musikbranche. Die wiederum begrüßt das »Musicboard« als neue und mutige Form der Popmusikförderung. FZ

► [www.berlin.de/musicboard](http://www.berlin.de/musicboard)

## Senioren-Filmcafé im CinemaxX



Die beste Zeit, um großartige Kinofilme zu genießen: Das von der AWO Südwest mit initiierte »Filmcafé« – immer am 1. Mittwoch des Monats im CinemaxX am Potsdamer Platz.

Vor dem Kinofilm, der jeweils um 15.00 Uhr startet, lässt es sich ab 14.00 Uhr bei Kaffee und Kuchen leicht ins Gespräch kommen. Das nächste Filmcafé findet am Mittwoch, 4. September 2013 statt. Auf dem Programm steht dann die Komödie »Wir sind die Millers« – mit Jennifer Aniston, Jason Sudeikis, Emma Roberts u.a.